

Nr. 2 JUNI '92

# RUNDBRIEF

DREIGLIEDERUNG DES  
SOZIALEN ORGANISMUS

AUS DEM INHALT :

MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT  
DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN  
ORGANISMUS UND POLITIK -  
WIE IST WIRKSAME HILFE FÜR OSTEUROPA MÖGLICH?  
BERICHTE, NOTIZEN, ANKÜNDIGUNGEN

**Inhalt****Editorial** ..... S. 2**Dreigliederung und Ökologie: Treffen in Frankfurt**..... S. 3**Multikulturelle Gesellschaft - Schlagwort oder Gestaltungsaufgabe** ..... S. 4**Dreigliederung als Weg zu einem neuen Politikverständnis** ..... S. 7**Wie ist wirksame Hilfe für Osteuropa möglich?** ..... S. 14**Berichte und Notizen** ..... S. 18

Währungsproblem - Kulturimpuls in Sibirien - Heilpädagogik in Rumänien - Kulturkostladen Leipzig - VI. Kolloquium Freie Schule und Staat in Slowenien - IV. Folgetreffen der KSZE: Dreigliederungsaufwurf zugestellt - Internationales Dreigliederungstreffen in Holland - Betriebseurythmie - Tagung der Sozialwissenschaftlichen Sektion - Anthroposophische Hochschulwochen - Verfassungsdebatte - Zum Tode von Wilhelm Schmudt u.a.

**Ankündigungen, Termine, Anfragen**.....S. 23**Impressum:**

Rundbrief *Dreigliederung des sozialen Organismus*. Herausgegeben von der Initiative "Netzwerk Dreigliederung". Redaktion: Dr. Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-6071907. Es erscheinen in der Regel 4 Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625 (Treuhandkonto Czesla), Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort "Rundbrief" angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 20,- auf den Rundbrief angerechnet.

**Editorial**

Obwohl "umfassend informiert" durch die Medien, ist der normale Zeitgenosse doch kaum noch in der Lage, dem Zeitgeschehen wirklich verständnisvoll zu folgen: In der Fülle der Einzelheiten verkommt die Einsicht ins Ganze. Für die Gewinnung solcher Einsicht ist es immer hilfreich, durch eine Vergegenwärtigung wichtiger Ereignisse und Trends über einen längeren Zeitraum die Kraft der Zusammenschau zu betätigen. So sei hier versucht, einige Aspekte der Situation zu strichlieren:

*Umweltsituation:* Der UN-Umwelt- und Entwicklungsgipfel von Rio hat, nicht zuletzt wegen der Bremsrolle

der USA, die in ihn gesetzten Erwartungen kaum erfüllen können. Es wurde deutlich, daß die Lösung der ökologischen Probleme ohne eine Verhaltensänderungen in den Industrieländern und grundlegende Verbesserung der Situation der Drittweltländer nicht möglich sein wird. *Situation im Osten:* Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat sich verschärft - und demonstriert täglich, wie zerstörerisch sich die Verquickung von national-kultureller Frage und Staatsfrage nach wie vor auswirkt ("Wo ein Serbe ist, da ist Serbien"). Die UN hat - nach dem Massaker serbischer Freischärler in Sarajewo Sanktionen verhängt - ein militärisches Eingreifen wird nicht mehr ausgeschlossen. Die wirtschaftliche Situation im Osten ist dramatisch. Die These einer drohenden "Lateinamerikanisierung Osteuropas" (Claus Otto Scharmer in "Die Drei", März 1992) ist sicherlich nicht übertrieben.

*Europäische Integration:* Die Ablehnung der Verträge von Maastricht durch die dänische Bevölkerung hat den Fahrplan der Integration gestört und die Ablehnung suprastaatlicher und bürokratischer Tendenzen zum Ausdruck gebracht (wie sie jüngst sogar bei einer Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie laut wurde). Das Ergebnis der dänischen Volksabstimmung ist eine Mahnung, das europäische Haus konsequent an freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Prinzipien auszurichten. (Der von vielen Freunden unterzeichnete Dreigliederungs-Aufruf "Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestalten", der diese Grundwerte betont, wurde am 26. Mai mit den notariell beglaubigten Unterschriften dem Sekretariat des 4. Folgetreffens der KSZE in Helsinki mit der Bitte um Weiterleitung an die Delegation der 51 Teilnehmerstaaten übersandt.)

*Bundesrepublik Deutschland:* Die Situation steht im Zeichen der Folgen der deutschen Vereinigung und zunehmender Staats-, Politik- und Parteiverdrossenheit. Sie macht sich an der als ungerecht empfundenen Lastenverteilung in Bezug auf die Vereinigungskosten und an Themen wie dem Asylrecht fest. Das "Erdbeben" der Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg verschonte im rot-schwarz-gelb-grünen Spektrum nur die Grünen, die sich nun mit dem Bündnis 90 zusammenschließen werden. Die Parteien erscheinen dem Wähler als zunehmend unfähig zur Problemlösung, die Nichtwähler sind inzwischen zur stärksten der Parteien geworden. (Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch in anderen Ländern, darunter in den USA, wo der Populist Ross Perot inzwischen in Umfragen vor Bush und Clinton führt).

Eine Studie des Kölner Soziologen E.K. Scheuch<sup>1</sup> bescheinigte den Parteien, sich den Staat zur Beute gemacht zu haben. Auf Initiative der Grünen beschäftigte sich das Bundesverfassungsgericht mit der Parteienfinanzierung und bezeichnete bestehende Praktiken in weitem Umfang als verfassungswidrig. Inzwischen entwickeln selbst Politiker der etablierten Parteien Vorschläge zur Überwindung der Parteienübermacht (so Hildegard Hamm-Brücher mit einer Bürgerinitiative und der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion mit Ideen zur Parteireform - z.B. Entfernung der Parteivertreter aus den Rundfunkräten).

Wie schwer sich die Parteien immer noch damit tun, die Gewissensbindung des einzelnen Abgeordneten zu respektieren, zeigt die Reaktion auf die "Abweichler" in der CDU-Fraktion, die den Gruppenantrag zum § 218 mit FDP und SPD mittragen. Mit diesem Antrag scheint sich i.ü. in Bezug auf diese Frage eine Linie durchzusetzen, die von den Positionen, die anthroposophische Juristen

hierzu kürzlich bezogen haben, zumindest nicht gänzlich entfernt ist (wir haben darüber berichtet).

Der ÖTV-Streik deutet einmal auf die strukturellen Probleme des "öffentlichen" Dienstes, d.h. des ausgeführten Staatswesens, dessen "Verschlankung" heute zunehmend gefordert wird. Zum anderen zeigt sich - besonders auch am Ergebnis der zweiten Urabstimmung - tiefe soziale Unzufriedenheit. Natürlich hängt diese auch damit zusammen, daß Menschen, denen man immer wieder den Eigennutz als entscheidenden Wirtschaftsmotor gepredigt hat, dadurch nicht gerade offener geworden sind für Appelle zum Teilen. Es wäre aber sehr einseitig, darin den einzigen Faktor zu sehen: Besonders in den unteren Einkommensgruppen, die durch das Steigen von Mieten, Gebühren, Steuern und Abgaben sowie die stärker gewordene Geldentwertung am stärksten betroffen sind, ist berechtigterweise der Eindruck entstanden, sie allein sollten die Zeche der Einheit zahlen, während die aus ihren Taschen finanzierten Transferleistungen in die neuen Länder als Kaufkraft in den Westen zurückfließen und hier die Kassen der ohnehin Vermögenden füllen. Die inzwischen angekündigte Senkung des Spitzensteuersatzes (Standortsicherungsgesetz) verstärkt diesen Eindruck. Bundespräsident von Weizsäcker hatte die Stimmung erkannt, als er mit seinem Vorschlag eines Lastenausgleichs wohl einen Schritt in die richtige Richtung tat und damit massiven Widerspruch des Regierungslagers hervorrief. Opposition und Regierung konnten bei ihrem Spitzengespräch keinen Konsens finden. Unstrittig ist nur, daß gespart werden muß: Gesundheitswesen und Rüstungsetat wurden ins Visier genommen: Das Projekt Jäger 90 scheint gestorben, der neue Verteidigungsminister Rühle hat Einsparungen von 20 Md. DM angekündigt. Schätzungen sprechen schon von einer demnächst zu erwartenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 1,9 Billionen DM (von denen etwa die Hälfte auf den Bund gehen). Insgesamt wären das rund 50% des Bruttosozialprodukts, also die Hälfte aller erarbeiteten Werte an Gütern und Dienstleistungen.

In den *neuen Bundesländern* drückt wachsende Arbeitslosigkeit ebenso auf die Psyche der Menschen wie mangelnde Sensibilität von "Wessis", wie sie gerade auch in der Debatte um die Stasi-Vergangenheit häufig festzustellen ist. Der "Aufschwung Ost" findet einstweilen nicht statt, auch weil ineffektive Verwaltung und traditionelles Eigentumsdenken ("Rückgabe vor Entschädigung") Investitionen verhindern.

*Fazit:* In einer Situation zunehmender Unzufriedenheit hängt es auch von den "Dreigliederern" ab, ob Auswege aus den vielfältigen Krisen aufgezeigt werden können, die einen Fortschritt im Sinne menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten bedeuten. Daß Krisen nicht automatisch zur Einsicht führen, macht die Wiederbelebung reaktionärer Tendenzen in der letzten Zeit erschreckend deutlich.

#### **Anmerkungen:**

1 Erwin K. und Ute Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, Reinbek 1992 (rororo aktuell).

### **Einladung zum Arbeitstreffen der Initiative "Netzwerk Dreigliederung"**

#### **Dreigliederung des sozialen Organismus und ökologische Frage**

**Sonntag, 1. November 1992**

10.30 - 18.30 Uhr, Ort: Freie Bildungsstätte "der hof" Niederursel, Alt-Niederursel 51, 6000 Frankfurt 50 (Anfahrtsbeschreibung s. letzte Seite)

Welche Hilfen bietet der Dreigliederungsgedanke in der Auseinandersetzung mit der ökologischen Katastrophensituation? Die ökologische Frage als Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsfrage.

Referate voraus. C. Strawe, R. Burkhardt, H. Reetz u.a. Im Anschluß Treffen des Trägerkreises der Initiative.

**Anmeldung im Netzwerkbüro erbeten (wichtig auch wg. Teilnahme an Gemeinschaftsverpflegung, Anmeldeformular letzte Seite).**

#### **Kostenausgleich der Initiative Netzwerk**

Die Aktion "Kostenausgleich 92" ist bisher nicht schlecht verlaufen. Trotzdem sind wir noch ein Stück vom Ziel entfernt. Wer also noch beitragen möchte, ist dazu herzlich eingeladen Überweisungen bitte unter Stichwort "Kostenausgleich" auf Konto Nr. 11 61 625 (Treuhandkonto Czesla), Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01. Ausländische Kostenausgleicher können, um Formalitäten zu sparen, gerne auch einen Eurocheck schicken.

#### **Zu Versand und Erscheinungsweise des Rundbriefs**

Inzwischen hat der Rundbrief über 650 Abonnenten - Tendenz steigend. Dies führt u.a. auch zu Vorschlägen, den Versand des Rundbriefs "perfekter" zu gestalten. Theoretisch könnten wir die Portogebühren erheblich senken, wenn wir aus dem "Rundbrief" eine "Zeitschrift" machen würden, die dann im Streifband verschickt würde. Das würde allerdings bedeuten: Festpreis statt Kostenbeitrag mit Richtsatz - womit wir das Konzept des Netzwerks ändern und aus diesem Netzwerk eine Firma oder einen gemeinnützigen Verein machen müßten. Zweitens wären wir dazu gezwungen, absolute Regelmäßigkeit der Erscheinungsweise zu garantieren - jetzt vorhandene Flexibilität in der zeitlichen Verteilung der Arbeit unseres Büros ginge verloren. Die gegenwärtige Lösung ist zwar teurer, bietet aber eine Reihe von Vorteilen: - Der Rundbrief bleibt Arbeitsmaterial, wird keine Zeitschrift mit Perfektionsanspruch. - Die Redaktion bleibt frei gegenüber zu starken Terminzwängen mit ihrer Eigendynamik ("das Blatt rechtzeitig fertig- und vollbekommen"). - Die Initiative bleibt offenes "Netzwerk" und wird keine festgefügte Organisation.

Da auch die Versandart "Büchersendung" nach Auskunft der Post nicht möglich ist - sie wird vermutlich sowieso demnächst entfallen - bitten wir um Verständnis dafür, daß es bei dem relativen happigen Drucksachenporto von DM 1,40 pro Rundbrief bleibt, - und um Ausgleich dieser Kosten.

### Überweisungen, Bitte um Rechnungen

Nochmals die Bitte, bei Überweisungen und Bestellungen lesbar Anlaß, Name und Adresse anzugeben. Wir bekommen z.T. Überweisungen für den Rundbrief, die offenbar als Bestellungen aufzufassen sind, von uns unbekannt Personen ohne vollständige Angaben und ohne weitere Bestellunterlagen. Selbst langwierige Adreßrecherchen bleiben in diesen Fällen häufig erfolglos, weshalb wir erwägen, in Zukunft auf solche Nachforschungen ganz zu verzichten. Danke für Ihr Verständnis! Immer wieder werden wir um die Zusendung von Rechnungen gebeten. Das "Netzwerk" und sein Rundbrief funktionieren nach dem Kostenumlageprinzip. Wir sind keine Firma oder Verein und können deshalb keine Rechnungen stellen. Wir können Ihnen auf Wunsch aber bestätigen, daß Ihr Beitrag zu den Selbstkosten des Rundbriefs oder der Initiative (Kostenausgleich) vereinbarungsgemäß eine bestimmte Summe beträgt, die Sie dann u.U. auch steuerlich geltend machen können. Wir bitten hierfür um Verständnis. Bei geringeren Beträgen

Erfolg, wird die Zahl der Asylanträge noch einmal drastisch steigen.

Politisch interessierte Kreise schüren mit Demagogie die Ängste der Bevölkerung. So heißt es in einem Flugblatt der Republikaner zum Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg, Asylmißbrauch bedrohe den inneren Frieden und fördere die Kriminalität. Es drohe noch größere Wohnungsnot und Ghettobildung, grenzenlose Rauschgiftkriminalität, steigende Soziallasten, Steuern und Abgaben, die Deutschen würden im Laufe der Zeit zur Minderheit im eigenen Land.

### Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?

In einem Spiegel-Interview vom 26.8. 91 ("Das Boot ist zu leer") hat der Frankfurter Stadtrat Daniel Cohn-Bendit einleuchtende Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreitet: Deutschland sei faktisch ein Einwanderungsland. Es sei eine Tatsache, daß in den Städten ein Arbeitskräftebedarf herrsche, der durch deutsche Arbeitskräfte nicht gedeckt werden könne - z.B. im Pflegebe-

## Multikulturelle Gesellschaft - Schlagwort oder Gestaltungsaufgabe?

Christoph Strawe

*Wie können aus dem Dreigliederungsgedanken Lösungsansätze für das Einwanderungs- und Asylproblem entwickelt werden? Dies war die leitende Fragestellung eines Treffens der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" am 29. März 1992 in Vaihingen/Enz. Das Treffen fand unmittelbar vor dem "politischen Erdbeben" der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg statt, bei dem das Thema "Asyl" eine große Rolle beim Zugewinn rechtsradikaler Gruppierungen spielte. Referate - denen sich jeweils eine intensive Aussprache anschloß - hielten C. Strawe ("Multikulturelle Gesellschaft" - Schlagwort oder Gestaltungsaufgabe?, Gerald Häfner (Emigration und Asyl als Rechtsfrage) und Magda Maier (Praktische Ansätze: Waldorfpädagogik im Ausländerviertel). Der folgende Beitrag versucht, einige wesentliche Aspekte des Besprochenen in verdichteter Form aufzugreifen.*

sollte als Beleg auch die Durchschrift Ihres Überweisungsauftrags genügen.

### Neue Völkerwanderung?

Weltweit gab es 1990 15 Mio Flüchtlinge, davon 1 Mio aus den ehemals staatssozialistischen Ländern - was diese Länder angeht, scheint dies erst der allererste Anfang. In der BRD wurden 1990 ca. 200.000 Asylbewerber gezählt, hinzu kamen ca. 300.000 sog. "deutschstämmige" Aussiedler. Die Anerkennungsrate bei den Asylbewerbern ist relativ niedrig, ein größerer Teil der Einwanderer erhält jedoch Aufenthaltsrecht aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Tendenz bei der Einwanderung ist steigend. Es gibt eine Debatte um Veränderungsbedarf in Bezug auf Art. 16 GG. Man hat sich - im Oktober 91 - auf die Verkürzung der Asylverfahren geeinigt, es ist aber nicht zu sehen, mit welchem Personal diese Beschleunigung (der Bundestag hat am 5.6. das entsprechende Gesetz verabschiedet) geleistet werden soll, Hinzu kommt, daß das Bundesverwaltungsgericht das jetzt im Ausländergesetz enthaltene Beförderungsverbot für visumpflichtige Ausländer, die ohne Paß und Visum auf dem Luft- oder Seeweg einreisen, für verfassungswidrig hält und zwei entsprechende Verfahren beim Bundesverfassungsgericht angestrengt hat. Haben diese Verfahren

reich. Daher sei ein Einwanderungsgesetz erforderlich. "Die Bundesrepublik, am besten ganz Europa, müßte sich zur Einwanderungsregion erklären. Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der Bundesrepublik - oder in Europa - gibt. Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitsämtern festgelegt werden." [Daß die Lösungen in europäischer Perspektive gedacht werden müssen, ist einleuchtend. In Maastricht wurde bekanntlich vereinbart, bis Ende 93 zu einer Entscheidung über eine einheitliche europäische Asylpolitik zu kommen.] Das Staatsangehörigkeitsrecht sei in der Richtung zu ändern, daß den hier Geborenen oder denen, die mehr als 5 Jahre bei uns leben, alle Bürgerrechte garantiert werden. "Wenn es echte Einwanderer gibt, dann gibt es weniger falsche Asylbewerber." In diesem Fall sei er, Cohn-Bendit bereit, auch über eine Grundgesetzänderung nachzudenken. Die politischen Flüchtlinge dürften natürlich keineswegs durch Quoten kontingiert werden. (Das Asylrecht ist schließlich auch in internationalen Menschenrechtskonventionen verankert - z.B. Art. 14 der Allgemeinen UNO-Erklärung der Menschenrechte von 1948 - und steht somit politisch nicht zur Disposition). Cohn-Bendit schlägt vor, sozusagen aus dem Geistesleben heraus, eine unabhängige Institution aus unabhängigen

Persönlichkeiten zu bilden, die - in Zusammenarbeit mit Amnesty international, der UN-Flüchtlingshilfe usw. - die Weltsituation beobachtet und Vorgaben für die staatlichen Behörden entwickelt (in welchen Ländern herrscht politische Verfolgung?).

Der existentielle Druck, die die Menschen zur Einwanderung treibt, ist in der Tat nicht durch Polizeigewalt zu bekämpfen. Die Alternative lautet, wenn man nicht ganz Europa mit einer neuen Mauer umgeben will: illegale Einwanderung, verbunden mit Barbarei und Chaos, oder eine sozial sinnvolle Regelung des Einwanderungsproblems.

Die Argumentation Cohn-Bendits, der hier nur als *ein* Vertreter dieser Position zitiert wird, wird besonders auch aus Kreisen der Wirtschaft gestützt. So hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IWF) errechnet, daß die 1,9 Mio sozialversicherungspflichtigen ausländischen Mitbürger 1991 rund 9% des BPS (200 Md DM) erwirtschaftet haben und damit - auch im Hinblick auf die Finanzierung des Alterssicherung im Rahmen des Generationenvertrags eine nichtwegzudenkende Rolle spielen.<sup>1</sup>

Bei dem Vaihinger Treffen plädierte Gerald Häfner vehement für ein Einwanderungsgesetz, wobei er bei der Quotenregelung nicht nur wirtschaftlich-eigennützige Gesichtspunkte, sondern auch eine soziale Komponente (sozusagen einen internationalen Solidaritätsbeitrag) einbezogen wissen wollte. In den letzten Monaten hat der Gedanke eines Einwanderungsgesetzes im politischen Raum breitere Unterstützung gefunden, wobei sich allerdings die Grünen auf ihrer Bundesversammlung nicht dazu entschließen konnten, sich diesen Vorschlag zu eigen zu machen, sondern radikaler Öffnung den Vorzug gaben.

### **Einwanderung und Asyl - Aufforderung zur Entwicklung weltweiter Brüderlichkeit**

Verbale Einigkeit darüber, daß das Einwanderungsproblem letztlich dort gelöst werden muß, wo es entsteht: in den Armut-, Elends- und Unterdrückungsregionen dieser Erde, ist zumeist leicht herzustellen. Dort wären Verhältnisse zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen zu bleiben. Doch wie ist dies zu leisten, wenn schon die Appelle zum Teilen innerhalb der BRD schwer verstanden werden? Gegenwärtig verschlimmert sich die Situation: Die Armen werden ärmer. Und die Drittwelt-situation reproduziert sich in Europa ("Armenhaus Rumänien" usw). Notwendig wäre die Überwindung von ideologischen Scheuklappen: Es gilt, sich nüchtern und realistisch einzugestehen, daß die als Allheilmittel für den Osten gepriesene Marktwirtschaft, dort nicht nach Lehrbuch funktioniert, sondern im Augenblick in ihrer Vereinseitigung lateinamerikanische wirtschaftliche Zustände produziert. Jetzt rächt sich die selbstgerechte Pose der "Sieger" im Systemwettstreit, die geglaubt haben, mit der Beerdigung des Staatssozialismus auch die Frage der Entwicklung solidarischer Wirtschaftsformen beerdigen zu können. Mit der Schaffung einer Binnenmarkt-"Festung Europa" wird das Problem jedenfalls nicht gelöst werden können.

Beim Treffen der Initiative "Netzwerk" wurde auf praktische Beispiele sozial-ökologisch sinnvoller Hilfe zur Selbsthilfe, zur Schaffung von Eigenkreisläufen verwiesen. Für die Förderung solcher Beispiele von Entwicklungshilfe aus individueller Verantwortung würden hierfür zur Verfügung stehende Mittel der Staaten sicherlich sinnvoller verwendet als für Projekte, die am Bedarf vor-

begehen und allenfalls korrupte Eliten in den Nehmerländern fördern.<sup>2</sup> Von der Unterstützung solcher kleinen Ansätze bis hin zur Umgestaltung des Welthandels und der Geldordnung im Großen reicht der Handlungsbedarf. Die Zeit wird knapp.

Die Erwartungen des Ostens, die Hoffnung der Asylanten, mit mehr oder weniger offenen Armen empfangen zu werden, sind Hoffnungen auf eine Brüderlichkeit, für deren Entwicklung gerade Mitteleuropa mitverantwortlich wäre.

### **Einwanderungsproblem und Bewußtseinsentwicklung**

Die ganze Menschheit steht heute in einer Situation des Schwellenübergangs. Sie macht damit unbewußt etwas durch, was auf dem Schulungsweg bewußt durchgemacht wird. Rudolf Steiner schildert in "Wie erlangt man..." daß auf diesem Weg nicht nur die Trennung der Seelenkräfte bewältigt werden muß, die vorher wie von selbst miteinander harmonierten. Es tritt auch ein Zustand ein, der als "Heimatlosigkeit" charakterisiert wird: Die "Volksgeister" ziehen ihre Hand von dem Menschen ab, was ihn früher aus Impulsen unbewußten Verwobenseins mit seiner nationalen Kultur umfing und trug, geht verloren. Die Beziehung zur eigenen Kultur herzustellen (kulturelle Identität) wird damit zu einer Aufgabe, die nur noch im Kontext individueller Identitätsgewinnung bewältigt werden kann. "Heimatlosigkeit" ist heute Zeitschicksal im buchstäblichen und im übertragenen Sinne, und dieses Schicksal hängt mit Aufgabe der Ich-Ergreifung in der Bewußtseinsseele zusammen. Die Lösung "Wir sind alle Ausländer..." gewinnt durch diese Überlegung einen ganz eigenen zusätzlichen Klang. Wir haben es deshalb auch nicht mit einer "Völkerwanderung" im alten Sinne zu tun, sondern mit einem neuen Phänomen. Einerseits individualisieren sich die Menschen, andererseits entsteht wie nie ein menschheitlicher Zusammenhang - der Züridütsch sprechende Chinese und der schwäbelnde Kurde machen diese Verschmelzung mehr von außen anschaulich. (Daß sich unter diesen Bedingungen das Wirken der "Volksgeister" ganz anders gestalten muß als in der Vergangenheit, sei immerhin angemerkt, auch wenn die Frage hier nicht vertieft werden kann.)

### **Das "Gespenst" der Multikulturellen Gesellschaft**

Ein Schlagwort macht die Runde, die "multikulturelle Gesellschaft". Die rechten Radikalen malen den Untergang des Abendlandes an die Wand, warnen vor kulturellem Identitätsverlust der Deutschen (als ob so etwas wie eine blühende deutsch-mitteuropäische Kultur derzeit überhaupt existent sei), vor der "Islamisierung Europas" usw. usw.

Teile der grün-alternativen Bewegung, der Sozialdemokratie und der Kirchen verwenden das Wort als Gegenbegriff zu Ausländerfeindlichkeit und eskalierendem Neonazismus. Auch CDU-Politiker stimmen ein, wie Heiner Geißler, der die multikulturelle Gesellschaft als Chance für Deutschland als ein Land in der Mitte Europas bezeichnete. [Wie gelebte mitteleuropäische Multikultur aussehen kann, das demonstrierte in überaus beeindruckender Weise bei dem Vaihinger Treffen die Stuttgarter Waldorflehrerin Magda Maier: Sie berichtet über die jahrelange Arbeit mit Ausländerkindern bei der Hausaufgabenbetreuung.]

In der Tat: die wahre Mission der Deutschen, im Gegensatz zu ihrem chauvinistischen Zerrbild, hat etwas mit der

Völkerverständigung als einem "Dialog mannigfacher Geisterreiche" (Günther Nenning) zu tun. Die gegenwärtige Diskussion krankt allerdings am Mangel eines die Dimension des individuell Geistigen wirklich einbeziehenden Kulturbegriffs, deshalb bleibt das Multikulturelle oft so schlagworthaft. So haben es reaktionäre Kräfte leicht, den Begriff der Kultur mit antiquierten Kollektivbegriffen des "Völkischen", Staatlichen usw. für sich zu reklamieren. "Multikulturelle Gesellschaft" heißt mehr als die Koexistenz von Pizzeria, China-Restaurant und lateinamerikanischer Folklore in der Fußgängerzone (so wenig man dies alles missen möchte).

### **Multikulturelle Gesellschaft = Freies Geistesleben**

Der legitime Begriff der multikulturellen Gesellschaft ist ein Begriff der Moderne: der Inbegriff einer pluralistischen, auf der Mündigkeit des einzelnen basierten Kultur, die multikulturellen Charakter im Sinne der Gleichberechtigung aller individuellen geistigen Impulse hat. Das Thema der multikulturellen Gesellschaft ist kein Thema nur ethnischer Minderheiten, es ist das Thema der Gestaltung der kulturellen Umfelds durch den einzelnen. So betrachtet handelt es sich um die Frage nach der Befreiung des Geisteslebens in einem dreigliederten sozialen Organismus, nach einer Einrichtung der Gesellschaft in Übereinstimmung mit jenen allgemeinen Menschenrechten, auf die wir uns heute alle berufen und in denen sich die Umkehrung des Verhältnisses der einzelnen menschlichen Persönlichkeit zur Gemeinschaft, die Lösung aus den Kollektivbanden widerspiegelt.

Die alten Kulturen sind verbraucht<sup>3</sup>, uniforme Massenkultur (Zivilisation) ist an ihre Stelle getreten. Neue Kultur, Multikultur, kann nur durch die Kreativität der einzelnen entstehen. Ethnische Kultur ist heute kein Selbstzweck mehr, ihre Bewahrung hat den Mutterboden von individueller Entwicklung zu schützen, sonst nichts.

Gleichwohl bietet ein so verstandenes Konzept von Multikulturalität den Schlüssel zur Lösung auch der ethnischen Probleme: im Zusammenleben der Völker insgesamt, in Regionen nationaler Durchmischung, im Umgang mit ethnischen Minderheiten, darunter besonders auch mit Einwanderern, Asylanten usw. Man befreie den einzelnen, so befreit man auch die Völker (R. Steiner) und die ethnischen Gruppierungen. Wo jede ethnische Minderheit ihre Kultur entwickeln kann, nicht im Sinne rückwärtsgewandter Brauchtumpflege, sondern im Sinne des Rechts eigene Schulen, eigene religiöse Einrichtungen usw. zu schaffen, da entstehen die Bedingungen eines friedlichen Miteinanders verschiedener ethnischer Gruppen auf einem Territorium - auf der Basis des Grundkonsensus "Menschenrechte". In diesem Rahmen wäre dann auch eine gewisse Rechtsautonomie ethnischer Gruppen denkbar, Rechtsräume, die Volksindividualitäten die Ausbildung eigener Rechtsordnungen ermöglichen (Personalverbandsprinzip statt Territorialverbandsprinzip). "Multikulturelle Gesellschaft" ist nicht die Koexistenz der ethnischen Kollektive. Der legitime Begriff der multikulturellen Gesellschaft kann sinnvollerweise nicht die Gleichberechtigung von alter, kollektiver kultureller Identität und neuer Kultur meinen. Nur die Menschenrechte können heute den Rahmen des Inter- und Multikulturellen bilden können. Intolerante religiöse Fundamentalismen, die sich außerhalb dieses Grundkonsensus stellen, können sich daher nicht auf die multikulturelle Gesellschaft berufen. Viele Gegner multikulturel-

ler Entwicklung bekämpfen also ein Zerrbild, nicht die Sache selbst.

Daß ein solches Zerrbild Realität zu werden droht, wenn nicht individuelle Freiheit, sondern kollektive Identitäten in den Vordergrund gestellt werden, davon zeugen gegenwärtige "Kultur-Kämpfe" um - im Sinne der jeweiligen ethnischen oder sonstigen Gruppe "korrekte" Lehrinhalte und Lehrbücher an amerikanischen Universitäten. Zurecht überschreibt der "Spiegel" einen Artikel über dieses Phänomen mit "Inquisition und Zensur"<sup>4</sup>.

Wer heute der Nation den Vorrang vor dem einzelnen einräumen will, wird gerade nicht mit seinem wahren Volksgeist im Bunde sein können, sondern dessen Doppelgänger verfallen müssen: Das Zerstörungspotential der Nationalismen heute legt davon Zeugnis ab.

### **Konfusion der Begriffe**

Selbst um eine gewisse Differenziertheit bemühte Autoren wie Ministerialdirektor Eckart Schiffer aus dem Bundesinnenministerium tun sich schwer, den Kreislauf falscher Alternativen zu verlassen<sup>5</sup>, weil sie den Begriff des Multikulturellen zu vordergründig denken. Schiffer wehrt sich mit sachlich nicht treffenden Argumenten gegen die Gewährung der Staatsbürgerschaft für die ausländischen Mitbürger. Seine unhistorische Gleichsetzung von Kultur- und Staatsnation (geprägt durch Staatsgebiet, Staatsgewalt, Staatsvolk) verquickt die Frage nach dem administrativen und dem kulturellen System, konfundiert Geistes- und Rechtsfragen. Da er die Konstitution kultureller Identität allein im Geistesleben nicht denken kann, erscheint ihm die Definition eines Staates durch sein Territorium und die Gebietsbevölkerung unzureichend. Es genügt ihm nicht, den Staat als Rechtsgemeinschaft zu verstehen ("Verfassungspatriotismus"), da er hierin offenbar eine Bedrohung für die Nation als "Wertgemeinschaft" sieht. Er muß sich in einseitigen Definitionen verfangen, weil er "Nation" nicht geistrealistisch denken kann (R. Steiner: "Ein Volk ist eine zusammengehörige Gruppe von Menschen, die von einem der Archangeli, einem der Erzengel, geleitet wird"<sup>6</sup>).

Integration und Multikultur erscheinen ihm als feindlicher Gegensatz, er kämpft gegen "Insertion", worunter er völlige Gleichberechtigung der Kulturen versteht. (Fairerweise muß gesagt werden, daß Schiffer auch eine "Assimilation" der ausländischen Mitbürger ablehnt.) Er plädiert dagegen für eine "Integration", die wie es in der Begründung des neuen Ausländerrechts heißt, "im Rahmen der ethisch-moralischen, rechtlichen und kulturellen Wertvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland einen Freiraum für die Bewahrung der eigenen kulturellen Identität lassen." Das Ausländergesetz sei daher als Entscheidung gegen multikulturelle Gesellschaft zu verstehen. Die Pointe wird nicht bemerkt: Der Rekurs auf kollektiv verpflichtende moralisch-ethische Wertvorstellungen der Bundesrepublik ist eine Spitze gegen das Recht auf Persönlichkeitsentfaltung, Weltanschauungs- und Gewissensfreiheit, die das Grundgesetz derselben Bundesrepublik bindend vorsieht, ein Widerspruch, der nicht einmal bemerkt wird.

*Fazit:* Das Projekt "multikulturelle Gesellschaft" bleibt ohne spirituell erweiterten Begriff der Kultur und der ethnischen Gemeinschaft Schlagworten verhaftet. Konstruktiver Lösungsansatz wird dieses Konzept in dem Maße werden können, als es von einem Verständnis der Dreigliedrigkeit des sozialen Organismus getragen wird.

**Anmerkungen:**

1 BTX-Meldung vom 3.6.92.

2 Vgl. hierzu den als Beilage zum Bankspiegel Dez. 1991 veröffentlichten Entwicklungshilfe-Brief der Gemeinnützigen Treuhandstelle Bochum e.V. (Beiträge u.a. zur Dorfentwicklung in Ghana, Alternativen zur Brandrodung, Indianerhilfe in Westbrasilien, eine Basis-Genossenschaft von Kleinbauern und ein Molkereiprojekt in Brasilien).

3 Multikultur bedeutet gewiß auch Begegnung mit religiösen und esoterischen Traditionen etwa des Ostens. Dabei ginge es aber gerade darum, im Rahmen einer solchen "Inkulturation" diese Traditionen aus europäischer, überkonfessionell, ja suprareligiös christlicher Perspektive neu zu verstehen, nicht um schlichtes Neben-

einander. (Vgl. Cornelia Vogelsanger: Wie Bodhidharma in den Westen kam. Zur Inkulturation des Buddhismus. Neue Züricher Zeitung, 13.9. 1991. Auf diesen Artikel bezieht sich auch J.M. Ginther in seiner Einleitung zu einer Zusammenstellung einschlägiger Zeitschriftenartikel (darunter auch der hier zitierten) im Sammatzer Pressepiegel "Zeitgeschen" Nr. 13.)

4 "Der Spiegel", 20.5.91.

5 "Ein Modebegriff geht um in Europa: die multikulturelle Gesellschaft". Zur Staatssituation, zum Staatsvolk und zu den Ausländern aus der Sicht des Bundesinnenministeriums. Frankfurter Rundschau, 15.8.1991.

6 R. Steiner: Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie (1910), Dornach 1962, GA 121.

## Dreigliederung als Weg zu einem neuen Politikverständnis

### Sind allgemeinpolitisches Engagement und konkrete Initiative Gegensätze? - Wie wirkt "man" als Dreigliederer in der Politik?

*Christoph Strawe*

*Vom 28.-31. Mai fand im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn im Rahmen der Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung" mit ca. 130 Teilnehmern ein Seminar "Dreigliederung des sozialen Organismus und Politik" statt (wir hatten diese Veranstaltung im letzten Rundbrief angekündigt). Daran waren auch eine Reihe professioneller Parteipolitiker beteiligt. Man kann sicher sagen, daß das Seminar in Bezug auf das komplizierte Thema mehr Klarheit gebracht hat. Es machte Möglichkeiten, aber auch die Schwierigkeiten eines Dialogs mit der Politik deutlich. Angesichts der Überlastungsproblematik heutiger Politik war eine gewisse Bereitschaft bei den beteiligten Politikern zu konstatieren, über neue Grenzziehungen für den staatlichen Bereich nachzudenken. Friedbert Pflüger (CDU) sprach von "Subsidiarität", Heinrich Thiemann (SPD) von der notwendigen "Verschlankung des Staates", Henry Selzer (Die Grünen) von partizipatorischer Demokratie, Jörg van Essen (FDP) von einem "Sowenig Staat wie möglich", Peter Glotz von einer "neuen Entscheidungsteilung". Zugleich taten sich viele Beteiligte schwer, aus dem traditionellen Politikverständnis wirklich auszubrechen und konsequent für die Öffnung von Selbstverwaltungs- und Selbstgestaltungsräumen zu plädieren. (Das Referat von P. Glotz wird übrigens in einem demnächst erscheinenden Sammelband "Die ratlosen Eliten" nachzulesen sein.) Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um einen - für den Druck gekürzten und geringfügig überarbeiteten Vortrag von C. Strawe, der bei dem Seminar gehalten wurde. Es ist daran gedacht, in kommenden Rundbrief-Nummern weitere Beiträge zu veröffentlichen - ob als Konzentrat oder in voller Länge, ist noch offen.*

**Das Problem**

Wir leben in einer Zeit der Auflösung alter Gemeinschaftsformen. Altes, was nicht verschwinden will, wirkt heute nur noch gespensterhaft oder dämonisch. Aber das Neue - soziale Gestaltung aus der Kraft der einzelnen, mündig gewordenen Individualität heraus - entwickelt sich nur zaghaft, wird immer wieder überlagert von diesem Alten.

Moderne Politik und Demokratie sind untrennbar. Die demokratische Bewegung war die Form, in welcher der Mündigkeitsanspruch des modernen Menschen in Erscheinung trat und weiter in Erscheinung tritt. In der emanzipatorischen Bewegung der späteren 60er Jahre entstand die Forderung nach einer Demokratisierung aller Lebensbereiche. Sie war eng verbunden mit dem Motiv der Politisierung. In Wahrheit sei alles politisch; die Meinung, es gebe Reservate des Unpolitischen, sei ein Versuch der Verschleierung und diene nur der Politik der Herrschenden, die politisches Engagement der Bevölkerung verhindern wollten. Der Einsatz gegen die Hen-

schaft weniger war damals ohne Zweifel richtig. Richtig war die Einsicht: "Wer nicht politisch denkt und handelt, für den wird politisch gedacht und gehandelt." Doch wenn man damals beispielsweise sagte, die Lehrinhalte an der Schule seien zu "demokratisieren", dann verkannte man, daß es in der Kultur gerade nicht um die Ersetzung der Herrschaft einzelner durch die des Volkes, und das heißt der Mehrheit, sondern um herrschaftsfreie Räume überhaupt geht, Räume, in denen auch Mehrheiten nicht über den einzelnen zu befinden haben. So blieben die Formeln der späten 60er und frühen 70er Jahre höchst einseitig.

Soziale Erneuerung bedeutet die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Kultur- und Wirtschaftslebens durch die Betroffenen. Der Bereich der Mehrheitsentscheidungen reduziert sich auf das öffentliche Rechtsleben, soweit genereller Regelungsbedarf aus der Sache heraus vorliegt. Und nur in diesem Bereich des Öffentlich-Rechtlich-Staatlichen hat die Politik ihren legitimen Ort. So betrachtet ist die soziale Frage in keiner Weise als eine rein



politische zu begreifen, im Gegenteil, das Ausufern des Politik-Begriffs über seine Grenzen ist eine Gefahr für soziale Erneuerung, welche sich primär als eine Frage konkreter Initiative und Zusammenarbeit erweist.

So betrachtet scheinen Politik und Initiative feindliche Gegensätze: Entweder man wirkt in legitimer Weise für das Neue: indem man Initiativen ergreift und z.B. soziale Einrichtungen neuen Typs schafft bzw. betreibt, - oder man versucht, das sozial Neue durch politische Mehrheiten durchzusetzen - was dann zugleich impliziert, daß die Minderheit zu ihrem Glücke gezwungen werden soll.

### **Ist Dreigliederung des sozialen Organismus Politik?**

Aber besteht wirklich eine so simple Alternative? R. Steiner argumentierte seiner Zeit sehr viel differenzierter. In einem Vortrag "Ist Dreigliederung des sozialen Organismus Politik?"<sup>1</sup> aus dem Jahre 1920 setzt er sich mit dem Vorwurf auseinander, durch das Dreigliederungs-Engagement beschäftige sich die Anthroposophische Gesellschaft mit Politik. Das Ungute und Unangebrachte eines solchen Engagements könne man an der katholischen Kirche studieren. R. Steiner charakterisiert diesen Einwand als ein Vorurteil, so sachgerecht wie die Übertragung eines Urteils über einen Schuh auf einen Handschuh: "Worauf geht denn die 'Dreigliederung' ursprünglich hinaus? Sie geht darauf hinaus, in der sozialen Ordnung eine reine Gliederung zu schaffen zwischen dem Geistesleben, das seine eigene Verwaltung haben soll, dem Rechts- und Staatsleben, das in der Mitte stehen soll zwischen den drei Gebieten mit seiner vollen Selbständigkeit, und dem wirtschaftlichen Leben, das als drittes Glied reinlich von den beiden anderen abgeschieden sein soll."

"Nun denken wir einmal nicht oberflächlich, wie jener denkt, der da sagt, Anthroposophie habe sich nicht mit Politik zu beschäftigen, sondern denken wir einmal die Sache wirklich objektiv klar durch: Was wird denn durch eine solche reinliche Scheidung angestrebt? - Nun das Geistesleben soll ja selbständig dastehen, das Geistesleben soll sich auf seinem eigenen Grund und Boden entwickeln, das Geistesleben soll nur dasjenige zur Geltung bringen, was aus seinen eigenen Impulsen kommt. Es wird also angestrebt, daß das Geistesleben nicht mehr abhängt vom Staatsleben und nicht mehr abhängt vom Wirtschaftsleben, sondern gerade frei und unabhängig sein kann, wie es die katholische Kirche niemals war, die sich immer mit dem Staat und dem Wirtschaftsleben zusammen konfundiert hat. [...] Denken Sie einmal, wie frivol, wie oberflächlich es ist, wenn jemand sagt, Anthroposophie solle sich nicht auf das Gebiet des Politischen versteigen. während sie gerade fordert, daß eine solche soziale Ordnung geschaffen werden soll, durch die das möglich ist, daß sich das Geistesleben nicht mehr mit Politik befasse. Es ja gerade eine Politik geschaffen worden, durch die das Geistesleben seine eigene Verwaltung, seine eigene innere Organisation hat. Und nicht mehr soll es nötig sein, daß man, wenn man eine Schule gründen will, oder einen Lehrplan ausarbeiten will, sich an die politischen Behörden oder an den staatlichen Lehrplan zu wenden hat; denn dadurch wird man ja gerade abhängig von der Politik."<sup>2</sup>

Wenn man genau hinhört, klingt in dieser Darstellung leise ein neuer Politik-Begriff an: Politik als Kunst der weisen Beschränkung des Politischen auf seinen legitimen Bereich. Von der Sache her ist ein simples Entweder-Oder ("Konkrete Initiative hie - allgemeinpolitisches

Engagement dort") in der Tat unmöglich. Denn Initiative und Zusammenarbeit findet in einem konkreten Umfeld statt, ihre Möglichkeiten und Grenzen hängen von der Rechtsordnung ab. Diese enthält zwar immer auch Elemente des Gewohnheitsrechtlichen, stets ist aber auch von wesentlicher Bedeutung, welches geltende Recht durch die Gesetzgebungen definiert ist. In den allgemeinen Menschenrechten billigen wir dem einzelnen die Freiheit der Initiative prinzipiell zu, zugleich regeln wir im Detail vieles so, daß sich das Recht auf Initiative auf das Recht reduziert, um Mehrheiten für die eigene Auffassung zu werben. In den Rechtsordnungen entscheidet sich, wieweit der Konsens über die gesellschaftlichen Bereiche geht, die nicht durch Mehrheiten und damit auch nicht durch die Politik bestimmt werden dürfen. Wer Initiative entfalten will, darf die Regelung dieses Rechtsraums nicht anderen überlassen. D.h. er muß notwendig politisch denken und handeln, denn jede Einflußnahme auf die Gesetzgebungen ist der Sache nach eben "Politik".<sup>3</sup> Jeder, der Verantwortung für selbstverwaltete Institutionen und Arbeitsfelder trägt, weiß aus unmittelbar praktischer Erfahrung, daß er mit diesem ungeliebten Bereich der Politik notwendig in Berührung kommt, wenn er wirken will. Die Frage ist nur die nach dem "Wie" dieses Wirkens!

Darüber streiten sich bekanntlich die in "Dreigliederungsdingen" kundigen Gelehrten. Schon gegenüber der sozialen Dreigliederung als solcher gibt es unter anthroposophisch orientierten Menschen Vorbehalte, noch mehr Vorbehalte gibt es da, wo Dreigliederung und Politik etwas miteinander zu tun bekommen. Dasjenige, was Gerald Häfner den "Schauer mancher Anthroposophen vor der Politik" (weiß man's doch, sie ist ein "schmutziges Geschäft, das den Charakter verdirbt" - und somit schwerste Hindernisse auf dem Schulungsweg schafft), ist eine Realität.<sup>4</sup>

Die Vermeinung, man könne sich für eine solche Position auf R. Steiner berufen, ist nicht nur wegen dessen bekannter Mahnung irrig, man möge nichts nur deshalb für richtig halten, weil er es gesagt habe. Sie ist auch falsch, weil R. Steiner, sehr unterschiedlich nuancierte Antworten auf die Politik-Frage gibt, die nur, wenn man sie zusammenschaut, seine Position überhaupt angemessen widerspiegeln können.

R. Steiner betont einmal, Geisteswissenschaft müsse in alle Kulturzweige eingeführt werden, darunter auch in die Politik. "Politik, ja, ja, wahrhaftig, auch dieses sonderbare Gebilde! In all das müßte eingeführt werden von denjenigen, welche die Zeit verstehen, das, was aus der Geisteswissenschaft folgt".<sup>5</sup> Ja, er geht noch weiter: Bei dem für die Auslösung der Dreigliederungs-Volksbewegung entscheidenden Dornacher Gespräch vom 25.1.1919, führt er gegen Einwände von Emil Molt, Roman Boos und Hans Kühn aus: "Die Anthroposophische Gesellschaft kann sich ruhig mit Politik befassen. Ich rede ja auch immer von Politik." Auf den Einwand, nur das einzelne Mitglied, nicht die Gesellschaft könne sich mit Politik befassen, antwortet er: "Warum nicht?" Kühn: "Könnte sich die Gesellschaft als Partei betätigen?" Steiner: "Sie ist kein Verein, nur eine Gesellschaft. Der Einzelne hat volle Freiheit. Man braucht für eine Partei nicht diesen Namen zu wählen. Es müssen auch Nicht-Anthroposophen als Angehörige aufgenommen werden."<sup>6</sup> Auf die Frage, was hier "Partei" heißen mag, komme ich noch zurück. Bei einem Studienabend des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus am 20.3. 1920 in



Stuttgart führt er aus: "Das Richtige wäre - im Sinne der Dreigliederung konsequent gedacht - an den Wahlen sich zu beteiligen, so viele wählen zu lassen, als gewählt werden können, ins Parlament einzutreten und Obstruktion zu betreiben bei allen Fragen, die sich auf Geistesleben und Wirtschaftsleben beziehen."<sup>7</sup> Auf die Frage, was hier "Obstruktion" heißen mag, komme ich ebenfalls zurück.

### Parteien als "Sammelbecken"

Alldem steht gegenüber der Satz, auf den man sich immer wieder beruft: "Die (Anthroposophische, CS) Gesellschaft lehnt jedes sektiererische Bestreben ab. Die Politik betrachtet sie nicht als in ihren Aufgaben liegend".<sup>8</sup> Und R. Steiner kommentiert diesen Satz bei der Verlesung der Statuten auf der Weihnachtstagung mit den folgenden Worten: "Diesen Satz brauchen wir, weil zahlreiche Mißverständnisse aus allerdings nicht klarem Verhalten vieler unserer Mitglieder während der Dreigliederungszeit entstanden sind. Anthroposophie ist vielfach zu dem Ansehen gekommen, als ob sie sich in die politischen Angelegenheiten der Welt hineinmischen wollte - was sie nie getan hat, nie tun kann - dadurch, daß die Dreigliederungsidee von unseren Freunden vielfach an die politischen Parteien herangebracht worden ist, was von vorneherein ein Fehler bei diesen Freunden war."<sup>9</sup>

Worin bestand dieser Fehler? Doch offensichtlich nicht darin, daß die "Freunde" das Dreigliederungsthema in die politische Debatte einzuführen versuchten! Sondern darin, daß der Dreigliederungsgedanke programmatisch-sozialtechnisch mißverstanden wurde, und von den Parteien, nicht von der konkreten Initiative der Dreigliederer auch in der Politik, eine Umsetzung erwartet wurde.

R. Steiner selbst schließt jedes Mißverständnis einer "Kontaktperrre" gegenüber den politischen Parteien aus, wenn er bei einem Diskussionsabend mit den Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen der Stuttgarter Großbetriebe ausführt, die Parteien hätten sich zwar überlebt: "Aber das schadet nichts; wenn sie ihre ursprüngliche Bedeutung verloren haben, dann sind sie noch Sammelbecken für die Menschen und es ist trotzdem noch gut, wenn sie da sind, damit die Menschen eben nicht auseinanderlaufen." Wenn man wisse, "daß im politischen Leben nur etwas zu machen ist mit geschlossenen Menschenreihen, dann hat man gar kein Interesse daran, die Parteien zu zersplittern. Wir würden das Dümme machen, wenn wir darauf ausgehen würden, die Parteien zu zersplittern und etwa gar eine neue Partei begründen wollten."<sup>10</sup>

Der Ausdruck "Partei" bei den Januar-Gesprächen ist offensichtlich unscharf: Gemeint war schon damals eine politisch wirksame Plattform für Dreigliederungsaktivitäten, eine Art "politischer Arm" der Dreigliederungsbewegung, wie er dann in Gestalt des "Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus" tatsächlich entstand. Dieser war eine zugleich politische und überparteiliche Organisation. Er wollte Menschen guten Willens "aus allen Berufen, Lebenskreisen und Parteien" vereinen, lehnte es aber ab, "auf irgendeinen Parteiboden gestellt zu werden."<sup>11</sup>

### "Staatsversagen" und Probleme gegenwärtiger Politik

Das heute allgemein beklagte Versagen der Politik ist in vieler Hinsicht Wirkung, nicht Ursache. Seine strukturellen Bedingungen sind im Grunde genommen auch den Angehörigen der politischen Klasse bekannt. Mangelnde Gliederung führt zur permanenten Überforderung der

Politik. Diese übernimmt Aufgaben, für die ihr die Sachkompetenz fehlen muß und provoziert durch diese Überschreitung ihrer Befugnisse zugleich unerfüllbare Wählererwartungen. Die Situation führt strukturell zu einem Defizit an Redlichkeit und zu kommerziellen Formen der Politikreklame. Der Wähler erwartet einerseits immer noch wenn nicht alles, so doch vieles nicht von der eigenen Initiative, sondern von Vater Staat, ohne diesem doch noch die Autorität zuzuerkennen, die diesem Begriff einmal einen gewissen Sinn verlieh.

Das System des funktionalen Einheitsstaats und die damit verbundene "Gemengelage" zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft hat angesichts wachsender Komplexität gesellschaftlicher Strukturen zu jenen Steuerungsproblemen geführt, die der Berliner Politologe Martin Jänike bereits vor Jahren als "Staatsversagen" diagnostiziert hat.<sup>12</sup> Der funktionale Einheitsstaat produziert das von seinen politischen Exponenten beklagte Syndrom fortschreitender Schwerregierbarkeit und Staatsverdrossenheit unentwegt selbst: Reglementierungssucht und Gleichmacherei wirken lähmend auf individuelle Initiative, untergraben das Prinzip der Verantwortung, verengen die Spielräume für Selbsthilfe und Selbstgestaltung und schädigen dadurch den sozialen Organismus als ganzen.

Dieses Versagen wird heute immer mehr offenkundig. Die Wahlerfolge M. Thatchers und R. Reagans beruhten teilweise auf dem Versprechen, erstarrte Strukturen aufzubrechen und der Initiative Raum zu schaffen, wobei die Wähler nicht bemerkten, daß die angebotene sozialdarwinistischen Ellbogenfreiheit nur Zerrbildern von sozialer Initiative zur Wirksamkeit verhelfen konnte. Daß ein "Paradigmenwechsel" in der Politik ansteht, ist jedenfalls nicht mehr zu vertuschen, so undeutlich die Alternativen auch noch sein mögen. "Die Sozialdemokratie ist am Ende ihrer Kunst" ist ein Artikel des liberalen Vordenkers Ralf Dahrendorf in der "Zeit" Nr. 14 vom 27.3.1992 überschrieben, wobei mit "sozialdemokratisch" ein bestimmter Politiktyp gemeint ist, der heute obsolet geworden ist. Als sozialdemokratische Parteien bezeichnet Dahrendorf etwa auch die CDU und die FDP in Deutschland, keineswegs nur die SPD. "In der einen oder anderen Weise", so beschreibt Dahrendorf diesen Politiktyp, "enden alle sozialdemokratischen Wege beim Staat, wobei es genauer wäre zu sagen, bei schwachen Regierungen und starken Verwaltungen."

### Leitlinien einer neuen Politik - Verhältnis von Politik und konkreter Initiative

Der Inhalt des Politik-Begriffs wird unterschiedlich interpretiert - abhängig vom jeweiligen politischen Standort. Spontane Übereinstimmung wird man vielleicht allenfalls hinsichtlich Max Webers Definition von der Politik als dem 'Bohren dicker Bretter mit Beharrlichkeit und Leidenschaft' erzielen. Von marxistischen Politik-Definitionen reicht ansonsten das Spektrum bis zu jener heute von "republikanischer" Seite wieder aufgewärmten Ansicht des Staatsrechtlers Carl Schmitt, der in "Freund und Feind" die wichtigsten politischen Kategorien sah (bekannt ist ja auch die Steigerungsformel: Feind - Intimfeind - Parteifeind). Zu oft noch entspricht die tatsächliche Politik solchen Rastern: R. Steiner bereits legt den Finger auf die Wunde, wenn er formuliert, Politik sei "der ins Geistige übertragene moderne Krieg". "Dieser Krieg beruht darauf, daß man die Gegner täuscht, daß man irgendwelche Situationen herbeiführt, die ihn täuschen [...]" Er fügt allerdings hinzu, Politik müsse etwas gänzlich

anderes werden. "Wenn man von der Politik redet, so möchte man sagen: Es müßte danach gestrebt werden, daß die Politik in allem überwunden wird, selbst in der Politik. Wir haben nämlich im Grunde genommen erst dann eine wirkliche Politik, wenn sich alles das, was auf politischem Felde spielt, in rechtlichen Formen abspielt. Dann haben wir aber eben den Rechtsstaat."<sup>13</sup>

Eine solche neue Politik wäre nicht mehr Machtkampf, sondern Dialog. Sie wird Demokratie realisieren, gerade indem sie dem Majoritätsprinzip Grenzen setzt. Die Gemengelage zwischen Staat, Kultur und Wirtschaft dagegen produzieren Undurchschaubarkeit, durch welche die Demokratie immer wieder in die Gefahr gerät, bloß die spanische Wand zu sein, hinter der finanzkapitalistische Kreise ihre Ausbeutungsmethoden verbergen, ein Mittel gegen etwaige Empörung des Volkes.<sup>14</sup> Konsequente Demokratie ist mit der Herrschaft von Minderheiten unvereinbar. R. Steiner: "Heute ist die Zeit, wo man lernen muß den Unterschied zwischen herrschen und regieren [...] Herrschen darf nur das Volk, die Regierung darf nur regieren. Das ist es, worauf es ankommt."<sup>15</sup>

Ein solcher Politikbegriff kann an das klassische Politikverständnis durchaus anschließen: Politiké bedeutet im Griechischen die Kunst der Verwaltung des Gemeinwesens (Polis). Politik hätte also ihren legitimen Ort dort, wo es um die Durchsetzung bestimmter Ziele in dem für alle Bürger verbindlichen staatlich-öffentlichen Bereich geht. Eine dreigliederungskonforme Politik hätte zugleich die Politisierung der Bereiche des Geistes- und Wirtschaftslebens, die besser durch Selbstgestaltungsformen der unmittelbar Betroffenen geordnet werden können, aktiv zu verhindern (Dies ist der Sinn von R. Steiners Wort von der "Obstruktion"). Sie wäre so betrachtet immer Politik der Selbstbegrenzung des Politischen. In dieser Aufgabe, Mehrheiten gegen das Mehrheitsprinzip am falschen Ort zu mobilisieren, liegt zugleich die Schwierigkeit und die Chance einer solchen Politik. Letztlich geht es darum, die Dreigliederung im Rechtsempfinden und Rechtsbewußtsein zu verankern, sie durch die Rechtsordnung abzusichern. Das neue Politikparadigma ist dialektisch: Einheit von Politik und "Antipolitik" (G. Konrad)<sup>16</sup>!

Dreigliederungskonforme Politik hat nicht Wahrheiten und Werte durch politische Machtmittel durchzusetzen - ein Widerspruch in sich -, sondern sich am Willensbildungsprozeß der Bürger in Bezug auf praktikable Regelungen zur Weiterentwicklung der Rechtsordnungen zu beteiligen. Eines ihrer wesentlichsten Anliegen muß es sein, Foren eines freien Dialogs und einer freien Zusammenarbeit für eine menschenwürdige Gestaltung der Rechtsordnungen über die Grenzen der politischen Lager hinweg zu fördern. Diese menschenwürdige Gestaltung beinhaltet auch die positive Ausgestaltung der Rolle des Staates als Wächter von Freiheit und Toleranz, als Schützer von Mensch und Natur gegen Ausbeutung. Im Ergreifen dieser Rolle kann der Staat zum reinen Rechtsstaat werden.

Ein solche Erneuerung der Politik aus dem Geiste der Dreigliederung des sozialen Organismus ist keine vordergründig politische Frage, sondern hängt zutiefst mit den Bedingungen der Entwicklung der Bewußtseinsseele und damit des Fortschritts der Menschheit zusammen. Durch die Befreiung des Geisteslebens von der Politik, - zu der eine neue Politik ihren Beitrag leisten kann -, "werden die individuellen menschlichen Fähigkeiten gerade auf dem Gebiet des Geisteslebens fortwährend aufgerufen. [...] Dadurch wird das Geistesleben ganz und gar abhän-

gig gemacht vom Menschen."<sup>17</sup> Das Mehrheitsprinzip verwische die Schärfe des individuellen Denkens und Wollens und trage dadurch in dieses Denken und Wollen ein Luziferisches hinein: "Alles Geistesleben, das mit dem Rechtsleben verknüpft ist, trägt den luziferischen Charakter. [...] Ebenso spielen in das Wirtschaftsleben, wenn es vom Staate vergewaltigt wird, ahrimanische Elemente hinein, die werden einzig und allein dadurch beseitigt, daß das Wirtschaftsleben, wie ich hier oft betont habe, auf das Leben der Brüderlichkeit aufgebaut werde in Korporationen, Assoziationen und so weiter."<sup>18</sup>

Das irdische Geistesleben fußt auf dem durch das Tor der Geburt in die Gesellschaft einströmenden Begabungsleben der einzelnen menschliche Individuen und ist insofern Nachklang des überirdischen Geisteslebens, Brüderlichkeit und Egoismus in den realen wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander schaffen Zukunft über den Tod hinaus.<sup>19</sup> "Es bleibt daher einzig und allein als rein irdisch das Rechts- oder Staatsleben. Das hat weder eine Bedeutung für vorgeburtliches Leben noch für das nachtodliche Leben [...] Wir gliedern die drei Glieder aus dem Grunde, weil wir die verschiedensten Gebiete, die mit dem Übersinnlichen etwas zu tun haben, von demjenigen abtrennen müssen, was nur mit dem Sinnlichen zwischen der Geburt und dem Tode etwas zu tun hat".<sup>20</sup> Majoritätsbeschlüsse können nur für die Erde eine Bedeutung haben. "Und in dem Augenblicke regiert der 'Fürst dieser Welt', um einen alten Ausdruck zu gebrauchen, wo man eben durch Majoritätsbeschlüsse irgendwie eine Individualität beeinträchtigen."<sup>21</sup> Eine solche neue Politik zu entwickeln wäre die Aufgabe Mitteleuropas. Erste Ansätze eines neuen politischen Denkens entstanden in der Goethezeit (z.B. W. von Humboldt), waren aber zu schwach und wurden durch die folgende Entwicklung ("Extirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches") vollends zurückgedrängt. Der Geist der Goethe-Zeit wurde, wie Karl Heyer einmal formuliert, nicht wirklich politisch, die Politik blieb geistlos. - In der Dreigliederungszeit 1917 - 1922 entstanden wichtige Ansätze, aus denen immer noch vieles gelernt werden kann<sup>22</sup> - aber die Kräfte eines traditionellen Politikverständnisses blieben stärker. (Hinzu kamen Schwächen der Bewegung, über die z.B. das Buch von Schmelzer Auskunft gibt.) - In der Umbruchsituation 1989 belebten sich solche Ansätze erneut (das Buch von Rolf Henrich ist hier zu erwähnen), ohne jedoch durchzudringen. - Die Entwicklung der letzten 3 Jahre zeigt, wie aktuell diese Frage eines neuen Politikverständnisses heute ist.

Darum ist es notwendig, begrifflich zu klären, wie Dreigliederer in der Politik in fruchtbarer Weise wirken können. Die Meinungen gehen - auch da, wo die politische Dimension der Dreigliederung prinzipiell bejaht wird - erheblich auseinander. So sind W. Heidt und B. Hasenmüller der Auffassung, daß den Gesetzgebungen der Primat innerhalb des sozialen Organismus zukomme, sei die Einflußnahme auf die Gesetzgebungen durch die dreistufige Volksgesetzgebung der "Kernpunkt der Kernpunkte".<sup>23</sup> So richtig es ist, der Unterschätzung der Gesetzgebungen entgegenzutreten, so sehr muß man sich in dieser Frage vor Überspannungen hüten. Sonst landet man am Ende bei der Position, Selbstverwaltung im kleinen sei zwar lobenswert, aber letztlich ermangele sie der Legitimation durch den Souverän, das Volk. Was im Umkehrschluß ja bedeuten könne, daß der Souverän - die Mehrheit - Minderheiten diese Legitimation nicht nur

gewähren, sondern auch entziehen könne, was ein Zurück hinter den in den allgemeinen Menschenrechten erreichten Stand des Rechtsbewußtseins bedeuten würden.

### **Weniger Staat, mehr Demokratie**

Die Forderung nach einem Mehr an Demokratie muß mit der anderen Forderung nach weniger Staat unlösbar verkoppelt werden. Für R. Steiner - und ich denke, dies ist plausibel - war die Dreigliederungsentwicklung ein Prozeß, in dem die Umgestaltung der Rechtsordnung nur einen Strang darstellt: Diese Umgestaltung kann nur in dem Maße vorankommen, wie sie sich auf eine faktische Dreigliederungsentwicklung auf den beiden anderen Feldern abstützen kann, und sie kann nur abgesichert werden in dem Maße, in dem auf dem Rechtsgebiet erkämpfte Freiräume durch konkrete Initiative auch faktisch ausgefüllt werden. Daß Steiner die Gesetzgebungen als "die Grundlage für die Struktur der sozialen Verhältnisse"<sup>24</sup> bezeichnet, widerspricht dem nicht. Denn aus der hervorragenden Rolle der politischen Gesetzgebung folgt keineswegs, daß diese, wie die Heidt und Hasen-Müller zu glauben scheinen, gegenüber den gesellschaftlichen Prozessen des ökonomischen und kulturellen Lebens den Primat im Sinne einer absoluten Dominanz hat. Die These, daß die Weichen des Schicksals im sozialen Weltgeschehen primär durch die Politik, das heißt durch die Gesetzgebungen gestellt werden, ist nicht weniger einseitig als die altbekannte marxistische These vom absoluten Primat der Ökonomie! In der wirklichen Geschichte folgen die Gesetzgebungen oft genug neuen ökonomischen und kulturellen Tendenzen, deren Herausbildung sie auf der anderen Seite auch wieder fördern oder hemmen können. Außerdem kann das Rechtsleben nicht auf die Gesetzgebungen reduziert werden. Vor der Gesetzgebung steht die Herausbildung neuer Formen des Rechtsbewußtseins, oft genug auch faktische Rechtsetzungen im menschlichen Miteinander: die Rede von der normativen Kraft des Faktischen drückt diese Tatsache aus, ohne die es kein Heranwachsen neuer Gesellschaftsstrukturen im Schoße des Bestehenden, keine großen gesellschaftlichen Umgestaltungen gäbe.

### **Allianz unabhängiger Geister**

Europäischer Umbruch und deutsche Einheit haben große Perspektiven eröffnet. Doch die Errungenschaften von 1989 drohen, in einer neuen Weltunordnung verspielt zu werden. Der deutschen Wiedervereinigung fehlt die geistige Mitte, diagnostiziert Otto Ulrich in einem demnächst erscheinenden Buch "Politik als Kunst". Er schreibt: "Selbstverwaltung in freier Trägerschaft ist die zu verwirklichende Politik-Option. Sie ist, verwurzelt in der weiterdrängenden Freiheitsfrage, die eigentliche Maxime der 'Neuordnung' von West und Ost. ... Damit erhält die innere Einheit Deutschlands - über Deutschland hinausweisend - einen geschichtlich weitertragenden Kern, ein geistige Mitte, welche die Stagnation gegenwärtiger politischer Ratlosigkeit überwindet." Wenn es eine Zeit gibt, in der über einen Paradigmenwechsel in der Politik nachgedacht werden muß, dann ist es die jetzige. Gegen eine mafioser werdende Politik ruft Dahrendorf in dem schon zitierten Artikel nach einer moralischen Offensive: "Sie wird nicht von den normalen Trägern des politischen Prozesses kommen. Vielmehr verlangt sie ein Element der bürgerlichen Unruhe, das auch

sonst nötig ist, um Protektionismus und Kartellisierung aufzustören. Diese Unruhe ist die Aufgabe aller Radikalen, die die Verfassung der Freiheit lieben. Sie verlangt eine Allianz unabhängiger Geister, mehr einen liberalen Club als eine Partei." Dahrendorf denkt dabei immer noch eher an eine Transformation liberaler Parteien. Aber wäre eine solche Allianz unabhängiger Geister nicht mehr. Wäre die Stunde dieser neuen politischen Allianz nicht vor allem auch die Stunde einer neuen Dreigliederungsbewegung, die auch in der Politik ihre Stimme erhebt?

Wie halten wir es nun mit den Parteien? Pragmatisch, wie denn sonst! In den Parteien gibt es sowohl die bereits von Steiner 1919 beschriebenen 'stramm in die jeweiligen Parteiprogramme eingespannten Köpfe' als auch verantwortlich denkende Menschen: Die Unzufriedenheit mit der Politik ergreift auch Teile der politischen Klasse. Politiker, die über die Logik der Parteilichkeit hinausdenken, sollten sich daher mit Gruppen in der Bevölkerung verbinden, die für eine Entlastung des Staates von ihm eigentlich fremden Aufgaben eintreten und bereit sind, die dadurch entstehenden Räume immer neu durch Initiative zu füllen. Denn die Entwicklung wird in die Unregierbarkeit, in das Chaos führen, wenn nicht für Kultur und Wirtschaft der Raum erweitert wird, in dem durch die Selbstgestaltung der betroffenen Bürger Freiheit und Solidarität leben können. Für den Staatssektor selbst, wird das Prinzip der Mündigkeit bedeuten müssen, von einer bloßen Zuschauerdemokratie weg, hin zu einer Teilnehmerdemokratie zu kommen.

Um die Standpunktlogik des Parteilichen zu überwinden, gilt es, über alle Grenzen der Lager hinweg Koalitionen der Vernünftigen innerhalb und außerhalb der Parteien zu schmieden. Der überparteiliche Ansatz des alten Dreigliederungsbundes war in dieser Hinsicht sicherlich zukunftsweisend. Strukturell bessere Bedingungen für eine solche Koalition könnten durch Modifikationen des Wahlrechts und eine Parlamentsreform entstehen, die die Gewissensbindung des einzelnen Abgeordneten stärkt und seine Abhängigkeit von den jeweiligen Parteiapparaten mindert.

Die Frage, ob man als Dreigliederer in einer Partei arbeiten soll, ist, so gestellt, nicht zu beantworten, schon gar nicht natürlich die Frage, in welcher. Und eine Dreigliederungspartei wäre ein Widerspruch in sich. Respekt hat jedem zu gelten, der die Kärnerarbeit professionellen Politikmachens auf sich nimmt und dabei trotzdem Dreigliederer bleibt, Respekt aber auch jedem, der seine individuellen Gründe hat, als Parteiloser politisch zu arbeiten. Sicher ist nur, daß man die Eigendynamik des Parteipolitischen nicht unterschätzen darf. Den Tiger reiten zu wollen, ist immer eine Illusion. Gerade weil das so ist, bedarf es einer überparteilichen Vernetzung der "Dreigliederer"; gerade wer parteipolitisch wirken will, braucht das Umfeld, das verhindert, das die Tagespolitik ihn "verschluckt".

### **Wie können Dreigliederer in der Politik wirken?**

Die Frage des politischen Wirkens ist glücklicherweise keine rein theoretische: Es gibt durchaus bereits kleine praktische Ansätze. Ich möchte verschiedene Aspekte, die dieses Wirken annehmen kann, mehr aufzählend charakterisieren. Für alle diese Aspekte gilt, daß das politische Wirken umso glaubwürdiger und erfolgreicher sein wird, je mehr abgehobene Kampagnen und abstrakt-allgemeine Forderungen vermieden werden und verdeut-

licht wird, daß es um den rechtlichen Lebensraum konkreter fruchtbarer Initiativen geht.

1. Teilnahme an der politisch-sozialen Ideenbildung. Hier befinden wir uns eigentlich noch im Vorfeld der Politik, im Geistesleben, am Quellpunkt aller Bewegung auch in der Politik.

- In diesem Bereich geht es erstens - dies ist die unabdingbare Voraussetzung, wenn nicht alles Wirken zum Aktionismus verkommen soll - um konkrete sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit an Sachfragen. Hier ist manches geleistet worden (Bodenrecht, Gesundheitsökonomie, Schulverfassung, Geldordnung, Steuerrecht etc. etc.), mehr bleibt noch zu tun. Wird dies nicht geleistet, könnte jener Alptraum H.G. Schweggenhäusers Wirklichkeit werden, in welchem ratlose Politiker auf ebenso ratlose Berater in Sachen Dreigliederung treffen.

2. Information, Kommunikation, Beratung, die Art und Weise wie man politische Ideen ins Gespräch bringt. (Auch hier sind wir noch im Vorfeld des Politischen, im "Stützbereich" des Geisteslebens, wie Heinz Kloss formulierte.) (Daß hier auch neue Formen im Sinne einer politischen "Ästhetik" gefunden werden müssen, machte bei dem Bonner Seminar Otto Ulrich im Rahmen einer Podiumsdiskussion deutlich.) Zu diesem Komplex gehören auch Initiativen wie die Kampagne mit dem europäischen Dreigliederungsaufwurf.

3. Unmittelbare Einflußnahme auf die Gesetzgebungen, wobei es verschiedene Ebenen gibt:

3.1. Einflußnahme auf die Verfassungsentwicklung (Grundgesetz, Länderverfassungen). Dabei handelt es nicht um einzelne Gesetze, sondern u.a. darum, wieviel überhaupt allgemein, d.h. durch Gesetze geregelt werden soll, und darum, wie Gesetze zustande kommen (hierher gehören Versuche, direkte Demokratie in Verfassungen zu verankern, Verfassungsartikel zum Schulwesen zu beeinflussen usw. Auf der immer wichtiger werdenden europäischen Ebene ist der Versuch einiger Freunde zu erwähnen, eine europäische Kulturklausel im Vertragswerk der europäischen Gemeinschaften zu verankern.

3.2. Einflußnahme auf Verabschiedung bzw. Novellierung einzelner Gesetze. (Dies können u.a. auch Gesetze sein, die vorhandene Verfassungsbestimmungen konkretisieren und damit erst umsetzbar machen, so im Fall eines Bundesabstimmungsgesetzes.) Als Leitlinie für einen Großteil gesetzlicher Regelungen kann hierbei das folgende gelten: Im Sinne des neuen politischen Paradigmas sind Normierungen auf jene Fälle zu begrenzen, in denen die Betroffenen keine eigene Regelung treffen. Ein Mitbestimmungsgesetz z.B. müßte eine Klausel enthalten, die es erlaubt, die allgemeine Regelung durch eine Regelung durch die Betroffenen zu substituieren. Ein solches Herangehen entspricht jenem Subsidiaritätsprinzip, auf das sich auch die politische Klasse immer wieder beruft.

Die Skala der Handlungsansätze reicht von Volksabstimmungskampagnen (wo gesetzlich möglich) bis zur individuellen Überzeugungsarbeit gegenüber einzelnen politischen Verantwortungsträgern ("Mensch um Mensch gewinnen"). Letzteres Vorgehen hat seinerzeit zu einer für die anthroposophische Medizin erträglichen Regelung im Arzneimittelgesetz geführt (wobei die Dinge heute durch die europäische Entwicklung z.T. wieder neu in Frage stehen).

3.2. Verfassungsrechtliche Überprüfung von Gesetzen (so gelang es in Baden-Württemberg, SPD, FDP und Grüne zur Klage gegen eine die Waldorfschulen benachteiligenden Privatschulgesetznovellierung beim Verfassungsgericht zu motivieren.) Daß hier gewisse Erfolge möglich sind, zeigt z.B. das Finanzhilfegericht des BVG zur Finanzierung der freien Schulen von 1987.

In der Praxis wird es sich häufig um eine Kombination verschiedener Elemente des Vorgehens handeln: die Universalmethode (man studiere nur einmal unter diesem Aspekt die Arbeitsformen der Bewegung von 1919!) gibt es nicht.

3.3. Beeinflussung von Verordnungen bzw. der Handhabung bestehender Gesetze (hierher gehören z.B. die Bemühungen um eine günstige Regelung der steuerlichen Absetzbarkeit von Elternbeiträgen für freie Schulen, um Chancengerechtigkeit bei der Bezuschussung von Einrichtungen in freier Trägerschaft usw.) Adressat ist hier vor allem die Bürokratie, die Politik kommt insoweit in Betracht, als über sie Druck auf die Bürokratie erzeugt werden kann). Über die bisherigen Formen des Verhandeln hinter verschlossenen Türen hinaus (eine nebenbei gesagt durchaus legitime Form) entdeckt man immer mehr die Notwendigkeit öffentlichen Auftretens (Veranstaltungen mit Politikern, Pressekonferenzen, Tage der offenen Tür usw.). Auch hier ist oft eine Kombination verschiedener Elemente sinnvoll.

In diesen Komplex fallen z.B. auch Initiativen wie die Erbbaurechtskampagne des Seminars für freiheitliche Ordnung, die pragmatisch am bestehenden Recht ansetzt und dessen Anwendung in einer bestimmten günstigen Richtung fördert.

3.4. Das Gesagte ließe sich noch für verschiedene Politikfelder weiterentwickeln (Landwirtschaftspolitik, Bildungspolitik und vieles andere mehr). Ebenso könnte noch das politische Wirken im Hinblick auf die verschiedenen Ebenen - sozusagen von der Kommune bis zur UNO - betrachtet werden. Doch muß an dieser Stelle das Gesagte genügen.

### **Ein einzelner hilft wenig..**

Entscheidende Frage bleibt die nach den Formen der Zusammenarbeit. Ein einzelner, so der Alte mit der Lampe in Goethes Märchen, hilft wenig, entscheidend ist, daß man sich mit vielen anderen zur rechten Zeit zusammenschließt. Weiterzuentwickeln wären mindestens die folgenden Formen:

- Ein Netzwerk der arbeitenden Gruppen auf dem Feld der sozialen Dreigliederung. Ein allererster Schritt wurde mit der Bildung der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" getan.

- Verstärkung der Dreigliederungsarbeit der Einrichtungen auf bestimmten sachlichen Feldern (Landwirtschaft, Pharmazie, Medizin u.a.).

- Dialogforen: Ein Beispiel ist das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen (E/F/F/E), das inzwischen den Status einer nichtstaatlichen Organisation (NGO) bei der KSZE erreicht hat. Auch die Arbeit des Anthroposophischen Gesprächsforums Bonn ist hier zu erwähnen.

Erfolgsgarantien gibt es nicht. Aber das Menschenmögliche muß versucht werden. Von substantieller Bedeutung ist es, nicht um der Wirksamkeit willen die Qualität sozialer Dreigliederung preiszugeben. (Es ist Ahriman, der nicht Wahrheit, nur Effekt und Erfolg kennt.) Von ihrem Charakter her müssen praktische Vorschläge im Sinne der sozialen Dreigliederung auf mehr abzielen, als darauf, den Bewegungsspielraum der eigenen Einrichtungen zu vergrößern. Alles hängt ab von der Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit, mit der Lösungen im Interesse aller

Menschen gesucht werden. (Das Aufgreifen der Frage des §218 durch Dreigliederer ist vielleicht gerade deshalb so wichtig, weil hier kein vordergründiges "Interesse" vorlag.

Daß die traditionelle Politik am Ende ihrer Kunst ist, wie Dahrendorf formuliert, ist Aufforderung zur Entwicklung einer neuen Kunst der Politik.

### Anmerkungen

1 Ist die "Dreigliederung des sozialen Organismus" Politik? - geisteswissenschaftlich beantwortet. Vortrag Dornach, 31. Januar 1920. In Geistige und soziale Wandlungen in der Menschheitsentwicklung. GA 196, Dornach 1966, S. 120ff.

2 Ibd., S. 122f.

3 Nicht umsonst scheiterte die "syndikalistische" Richtung in der Arbeiterbewegung (verbreitet vor allem in Frankreich, Südamerika und Spanien), welche die Auseinandersetzung auf politischem und parlamentarischem Feld nicht führen wollte und allein auf die direkte Aktion im Einzelbetrieb setzte an ihrer Unterschätzung des Politischen.

4 Vgl. Häfner. In: Flensburger Hefte, 24, a.a.O.

5 Die Polarität von Dauer und Entwicklung im Menschenleben, Vortrag 6.10.1918, Gesamtausgabe 184, Dornach 1968, S. 256.

6 Unveröff. Protokoll, Archiv der R.Steiner-Nachlaßverwaltung. Zit. in W. Heidt, B. Hasen-Müller, "Der Kernpunkt der 'Kernpunkte'", Achberg 1989.

7 Protokoll, Goetheanum-Archiv. Zit. bei Heidt, a.a.O.

8 Die Weihnachtstagung zur Begründung der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft. 1923 - 1924. Grundsteinlegung, Vorträge und Ansprachen, Statutenberatung. GA 260, Dornach 1963.

9 Ibd. S. 45.

10 Zit. nach: Walter Kugler, Rudolf Steiner und die Anthroposophie, Köln 1978, S. 207.

11 Nach Kugler, a.a.O. S. 198.

12 Vgl. Martin Jänike, Das Staatsversagen - Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München 1986.

13 So in der dritten Seminarbesprechung beim "Nationalökonomischen Kurs" (2.8.1922). (Nationalökonomisches Seminar, Gesamtausgabe 341, Dornach 1973, S. 41f.) Dieses Zitat wird auch von Heidt/Hasen-Müller in "Der Kernpunkt der Kernpunkte" angeführt.

14 R. Steiner zitiert des öfteren zustimmend den Franzosen F. Delaisi, von dem dieses Bild der spanischen Wand stammt. (GA 177, S. 247f.; GA 332a, S. 19.)

15 GA 188, S. 204.

16 Györgi Konrad, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen. Frankfurt 1985.

17 GA 196, a.a.O., S. 125.

18 GA 196, a.a.O., S. 126.

19 "Wenn zum Beispiel eine wirtschaftliche Ordnung bloß auf Egoismus aufgebaut ist, so bedeutet das, daß die Menschen in hohem Grade Einsiedler werden zwischen dem Tod und einer neuen Geburt, daß sie die größten Schwierigkeiten haben, andere Menschenwesen zu finden [...]" (GA 196, a.a.O., S.127.)

20 Ibd., 128.

21 Ibd., S. 128.

22 Vgl. meine Broschüre "Soziale Dreigliederung - Chance für eine neue Bewegung in einem sich wandelnden Europa - Was können wir aus der Dreigliederungsbewegung von 1919 für heute lernen?" (Dornach 1989).

Lehrreich unter strategischen Gesichtspunkten sind z.B. die Memorandum-Initiative, die Moltke-Memoiren-Affäre, Betriebsräte- und Kulturratsinitiative, der Wechsel der Arbeitsformen in der Mitte des Jahres 1919, die oberschlesische Aktion und vieles andere mehr.

23 Vgl. die beiden Arbeitspapiere "Der Kernpunkt der 'Kernpunkte'" und "Ist's an der Zeit?" (Beide Achberg 1989).

24 Der Tod als Lebenswandlung, Vortrag 10.2.1918, Gesamtausgabe 182, Dornach 1969, S. 32.

# Wie ist wirksame Hilfe für Osteuropa möglich?

Prof. Dr. Ernst Schubert

*Bei diesem Beitrag handelt es sich um die von der Redaktion leicht verkürzte Fassung eines Arbeitspapiers des Autors, dessen vollständiger Text über das HERBERT HAHN - INSTITUT für Zusammenarbeit in Europa zu beziehen ist (Adresse: Prof. Dr. Ernst Schubert, Freie Hochschule für anthroposophische Pädagogik, Zielstraße 28, 6800 Mannheim 1, Tel. 0621-301088 oder 0621-823699, Fax. 0621-301155.) Über das Herbert-Hahn-Institut haben wir bereits im Oktober-Rundbrief 1991 berichtet. Das Herbert-Hahn-Institut wurde gegründet, um Hilfen für den Osten durch Bildungsmaßnahmen in den Bereichen allgemeine Bildung, Wirtschaft und Verwaltung anbieten zu können.*

## **1. Gegenüber den Veränderungen in den Ländern des ehemaligen "Ostblocks" dürfen wir nicht unbeteiligte Beobachter sein.**

Die nächsten Jahre werden zunehmend zeigen, daß die Situation in diesen Ländern unser Schicksal wesentlich mitbestimmt. Über 300 Millionen Menschen lebten im sowjetischen Einflußbereich. Die Befreiung vom Bolschewismus brachte zunächst den Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen und eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Versorgungslage mit sich. Nationalistische Strömungen drohen nun als Ersatz für die Legitimation der Macht durch die bolschewistische Ideologie neuen gesellschaftlichen Sprengstoff zu schaffen. Ein wirtschaftliches oder politisches Chaos wäre aus humanitären Gründen unerträglich und zugleich Anlaß zu schweren gesellschaftlichen Konflikten. Möglicherweise würden Flüchtlingsströme nach Westen so anschwellen, daß tiefgreifende Veränderungen hier unausweichlich wären.

## **2. In der Beurteilung der Situation und den Vorschlägen für eine Rekonstruktion der östlichen Gesellschaften herrscht Ratlosigkeit vor.**

Alle Bitten von östlicher Seite um westliche Hilfe haben trotz der massiven Unterstützung von deutscher Seite nur verhältnismäßig geringe Reaktionen ausgelöst. Insbesondere die britische und amerikanische Regierung beharren auf strukturellen Voraussetzungen, die Hilfsmaßnahmen erst sinnvoll erscheinen lassen. Der Kern aller bisherigen Vorschläge ist die Forderung nach einem Staats- und Wirtschaftssystem westlichen Stils als Voraussetzung für eine umfangreichere Unterstützung. Ohne diese Voraussetzung bleibt nur die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe in Notlagen. Wie aber der Übergang von der bestehenden Situation zu einer gesellschaftlichen Struktur, wie sie in den westlichen Demokratien besteht, durchzuführen ist, bleibt trotz einiger wichtiger Gutachten, die sich vor allem auf die Umwandlung der Wirtschaft richten, ein ratlos betrachteter Problemkomplex. Das "Macht es doch wie wir!" nützt wenig, wenn nicht die Umwandlung des einen Zustandes in den anderen mit einiger Sicherheit beschrieben werden kann.

Ganz außerhalb der von offizieller westlicher Seite über die ehemaligen Ostblockstaaten geführten Diskussionen steht die Frage nach einer eigenständigen Entwicklung, die nicht in eine Gesellschaftsstruktur westlicher Prägung einmündet. Vieles, was sich beispielsweise als Bürgerinitiativen in der Zeit des Umsturzes als starke politische Kraft erwies, ist rasch in der Übernahme der Macht durch die

Parteien verschwunden, ohne daß neue Formen entwickelt worden wären, in denen die Ansätze einer bürgernahen politischen Kultur weiterleben.- Die Frage, wie unterschiedliche Gesellschaftsformen den verschiedenen Völkern und ihrer kulturellen und politischen Tradition gemäß ausgestaltet werden könnten, wird nicht behandelt. Auch wenn das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker sich zur Lösung zahlreicher Probleme, wie z.B. bei den geographisch gemischt lebenden Völkern, als völlig unzureichend erwiesen hat, herrscht Ratlosigkeit vor, auf welche Rechtsprinzipien friedliche Regelungen gebaut werden könnten.

## **3. Der Neuaufbau der politischen und wirtschaftlichen Strukturen wird nur gelingen, wenn die Folgen der über 40- bzw. 70jährigen sozialistischen Herrschaft so verstanden werden, daß daraus Gesichtspunkte für eine Umwandlung zu gewinnen sind.**

Diese Folgen werden nicht durch Abschaffung der Einparteiensherrschaft und der Planwirtschaft behoben, denn sie müssen in den Veränderungen der Menschen selbst gesucht werden. Ohne Befassung mit den Menschen selbst ist ein Neuaufbau nicht möglich.

*In den folgenden, hier nicht wiedergegebenen Teilen eines Papiers untersucht E. Schubert ausführlich die Folgen der Wirksamkeit des materialistischen Menschenbilds des Marxismus für das geistige, rechtliche und wirtschaftliche Leben der östlichen Gesellschaften. Bei der Analyse der wirtschaftlichen Situation wird u.a. auch das Problem der Verzerrung des Preisgefüges behandelt. In diesem Zusammenhang wird festgestellt:*

## **4. Nicht Güter, Menschen müssen, wenn es ihre soziale Lage erfordert, unterstützt werden. Die in einer Volkswirtschaft sich bildenden Preise dürfen nicht verfälscht werden!**

Die Verzerrung des Preisgefüges führte zu einer Vielzahl verheerender Folgen. Eine davon ist die verschobene Wertschätzung der Güter. Da die Preise in keiner Weise die (physisch oder geistig) aufgewendete Arbeit an einem Produkt spiegelten, gerieten zu billige Produkte und die damit verbundenen Tätigkeiten in Mißachtung. Das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung hängt zum Teil hiermit zusammen. Sowohl durch den Preis wie durch die Knappheit erhielten industrielle Produkte gegenüber den landwirtschaftlichen einen viel zu hohen Stellenwert, der wiederum zu einem weiteren Mißverhältnis führte. Da landwirtschaftliche Produkte hoch subventioniert waren, also große Geldmengen verschlan-

gen, versuchte der Staat, insgesamt ihre Preise niedrig zu halten. Damit verlor aber die ländliche Bevölkerung das Interesse, diese Produkte überhaupt zu erzeugen. Warum sollten sie geliefert werden, wenn die dadurch gewonnenen Mittel nicht ausreichen, um Industrieprodukte in dem gewünschten Maße kaufen zu können? Es entstand an vielen Stellen eine Selbstversorgungsmentalität, durch die der Eigenbedarf der Dörfer gedeckt, aber darüber hinaus wenig produziert, geerntet, gelagert und abgeliefert wurde. Das Mißverhältnis zwischen den Produktionsergebnissen staatlich und privat bewirtschafteter Flächen, die Orientierung am eigenen Bedarf oder allenfalls an den auf dem privaten Markt erzielbaren Preisen sind eine Folge dieser Verhältnisse. Wo landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften florierten (z.B. in der Fleischproduktion) hing dies mit einer angemessenen Preisbildung zusammen.

Im gegenwärtigen Zustand der verschiedenen östlichen Volkswirtschaften ist ein hohes Maß an Preisunsicherheit zu beobachten. Dies äußert sich in sehr unterschiedlichen Preisen für das gleiche Produkt und ein weithin fehlendes Gefühl für einen einigermaßen angemessenen Preis. Die fehlende preisbildende Funktion des durch Erfahrung geschulten Handels ist darin besonders deutlich spürbar. Der Markt zeigt kaum einen inneren Zusammenhang. Der desolate Preisbildungsprozeß ist einer der Gründe für die unkontrollierte Inflation. Da hier eine Ursache für die zunehmenden sozialen Unruhen liegt, ist diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

d) Dies leitet zum nächsten Komplex über, der durch den monetaristischen Ansatz eine dominante Betonung erhalten hat: das **Geldsystem**.

Im Bewußtsein der Bevölkerung lebt noch stärker als bei uns das Geld als Zahlungsmittel für den Konsum (Konsumgeld). Da Investitionen und die Finanzierung sozialer Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen etc. ausschließlich vom Staat oder staatlichen Betrieben vorgenommen wurden, konnte sich kein Bewußtsein für den volkswirtschaftlichen Gesamtkreislauf des Geldes entwickeln. Der in den Ostblockstaaten heute ständig betonte Mangel an Investitionskapital ist vor allem ein Mangel im Beherrschen und Gestalten des gesamten Geldprozesses. Das Fehlen eines auch nur einigermaßen funktionsfähigen Bankensystem macht es unmöglich, in dem erforderlichen Umfang die zunächst im Handel sich bildenden Kapitalien (Handelskapital), die in der Regel nur kurzfristig zur Verfügung stehen, in mittel- und langfristige Gelder umzuwandeln.

Ist wie noch 1991 in Rumänien der größte Wert eines Geldscheins 100 Lei (das entspricht heute der Kaufkraft von etwa 2 - 5 Mark; auf der freien Börse wird er mit weniger als 1 Mark gehandelt) und steht kein Bankensystem zur Verfügung, das Handelseinnahmen aufnehmen könnte, so ist leicht vorstellbar, mit welchen physischen Geldmengen ein erfolgreicher Händler operieren muß und wie unwirksam zugleich dieses Geld im Hinblick auf die Bildung von Investitionskapital ist. Es wird in der Regel in Kartons und Koffern bis zur nächsten Verwendung privat gestapelt. Zugleich besteht die starke Versuchung, bei zu großen Geldmengen einen Teil gegen alle wirtschaftliche Vernunft in Konsumgeld umzuwandeln, d.h. vielfach gegen Valuta zu tauschen und westliche Wirtschaftsgüter zu erwerben. So bildet sich im Handel die sozial gering geschätzte aber reiche 'Schiebermafia', deren Tätigkeit offenbar auf Bedürfnisse trifft, deren Handelskapital volkswirtschaftlich aber weitgehend

fruchtlos bleibt. Vielmehr tragen gerade diese Geschäfte zum Währungsverfall bei und machen es fast unmöglich, dringend benötigte westliche Technologien zu einem auch nur einigermaßen angemessenen Preis zu erwerben. Ein weiterer Effekt, der sich zunächst negativ auf das Geldsystem auswirken muß, liegt in der notwendigen Entflechtung von Staat und Wirtschaft. Solange der Staat über die Staatsbank unmittelbaren Zugriff auf die Einnahmen der Betriebe hatte, stand für den Staatshaushalt ausreichend Geld für die Finanzierung sozialer Aufgaben zur Verfügung. Mit der wirtschaftlichen Autonomie der Betriebe verlor der Staat den Zugriff auf dieses Geld, ohne gleichzeitig durch ein effektives Steuersystem die zum Unterhalt der sozialen Einrichtungen benötigten Mittel einnehmen zu können. Dies hat zur Folge, daß einerseits die Neigung zum inflationsfördernden Geld drucken, andererseits eine zunehmende materielle Not bei den Versorgungsempfängern entstehen mußte. Dadurch verstärkt sich der Eindruck eines unsozialen Kapitalismus, wie er in dieser Form zumindest in der sozialen Marktwirtschaft nicht existiert. Es wächst dabei die Gefahr einer "Südamerikanisierung", die zwangsläufig Ursache sozialer Unruhen werden muß und wohl kaum auf Dauer von den osteuropäischen Völkern hingenommen werden wird.

In dem Bemühen, die dringend benötigten Staatseinnahmen zu erhöhen oder wenigstens zu stabilisieren, finden wir häufig den Steuerzugriff auf die unternehmerisch tätigen Personen oder Personengruppen. In der Entscheidung zwischen Einnahmen- oder Ausgabenbesteuerung wird oft die Einnahmenbesteuerung in produzierenden Betrieben bevorzugt. Dadurch wird eine Eigenkapitalbildung verhindert, so daß die dringend benötigte Investitionstätigkeit ständig gelähmt wird. Dagegen sind die Handelsgewinne, die einzelne Personen schnell sehr reich gemacht haben, oft dem Fiskus schwer greifbar. Zu den genannten Mängeln des Bankensystems, die verhindern, daß das Handelskapital in mittel- oder langfristiges Investitionskapital umgewandelt werden kann, kommt also häufig die hohe Besteuerung privater Unternehmer im Produktionsbereich hinzu, die verhindert, daß ihr im Prinzip verfügbares Kapital wirklich dem Aufbau der Volkswirtschaft zufließt.

e) In der Analyse einer Reihe von strukturellen Problemen in den ehemals sozialistischen Ländern wurde schon auf die Rechtsunsicherheit verwiesen. Eine unmittelbare Folge ist der **desolate Zustand der Verwaltungspraxis auf allen Ebenen**. Das Recht als Instrument kurzfristiger Interessendurchsetzung hat eine verlässliche Rechtspraxis nicht entstehen lassen und führte zusammen mit der individuellen Entscheidungsschwäche von Funktionsträgern zu den bekannten Hemmnissen etwa bei Investitionsvorhaben westlicher Unternehmen. Hier ist nun auch zu berücksichtigen, daß die Mitglieder der sogenannten Nomenklatura häufig gerade an den Stellen zu finden sind, wo Verwaltungsaufgaben zu erfüllen und Rechtsentscheidungen zu fällen sind. Nur in den neuen Ländern der Bundesrepublik ist es möglich, westliche Verwaltungsfachleute auf allen Verwaltungsebenen mit einzusetzen. Dies ist in allen anderen Ländern auch nicht nur annähernd in gleicher Art möglich. So werden Hemmnisse von dieser Seite viel langfristiger wirksam sein als in Deutschland. Das ist einer der Gründe, warum die Entwicklung in den neuen Bundesländern nicht als Modell für die übrigen ehemaligen Ostblockstaaten gelten kann. Was sich im Hintergrund der Gesellschaft als alte Seil-



schaften einflußreich erhalten kann, ist nur abzuschätzen, muß aber in Betracht gezogen werden. Dabei haben überzogene Horrorvorstellungen vom Wirken dieser Gruppierungen wenig Sinn. Realistische Einschätzungen der jeweiligen Situation sind notwendig.

**Die vorangegangene skizzenhafte und vielfältig ergänzungsbedürftige Analyse gestattet doch eine Reihe von Hinweisen auf mögliche Ansätze zu einer wirk-samen Hilfe.** Allerdings setzt ihr Beginn die Aufgabe einiger verbreiteter Hoffnungen in den ehemaligen Ostblockstaaten voraus. Sehr häufig wird im Osten die Erwartung auf westliche Hilfe in folgender Weise dargestellt: Wir haben das Joch eines totalitären Regimes abgeschüttelt. Wir wollen Demokratie, wie sie bei euch herrscht. Unser Zustand ist dem zerstörten Europa nach dem 2. Weltkrieg vergleichbar. Damals haben die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Marshall-Plan geholfen, Westeuropa wieder aufzubauen. Helft uns heute, wie euch damals geholfen wurde! Macht einen neuen Marshall-Plan für uns!

Der Ruf nach ausländischem Investitionskapital fügt sich mit dem monetaristischen Ansatz einer Wirtschaftsreform und -steuerung gut zusammen. Die Hoffnungen auf einen Marshall-Plan für Osteuropa sind aber in der derzeitigen Weltwirtschaftslage einigermaßen illusionär. Von den großen Industrieregionen der Welt kommen nur die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäische Gemeinschaft oder auch Deutschland allein als maßgebliche Kapitalgeber in Frage. Deutschlands öffentliche oder private Gelder, die für Investitionskredite in Frage kämen, sind für längere Zeit in den neuen Bundesländern gebunden bzw. werden dort benötigt. Die öffentliche Hand der Vereinigten Staaten ist so hoch verschuldet, daß der Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft nicht möglich ist. Japan sieht seine Hauptaufgaben nicht in einem solchen Plan. Das arabische Kapital steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Die europäische Gemeinschaft als ganze wird aber ohne eine deutliche Vorreiterrolle Deutschlands auch nicht die Mittel in der Größenordnung bereitstellen, die für einen Wiederaufbauplan notwendig wäre. Gehemmt wird überdies die Hilfsbereitschaft durch die angeführten strukturellen Probleme wie die fehlende Infrastruktur, Entscheidungsschwäche der Verwaltung, Rechtsunsicherheit usw. Tatsächlich besteht die eingangs erwähnte Ratlosigkeit angesichts der Frage, wie überhaupt wirksame Hilfe geleistet werden kann.

Im folgenden soll versucht werden, zu dieser Frage aufgrund der vorangegangenen Analyse einige möglich erscheinende Lösungsansätze zu benennen.

**1. Der Blick muß von einer auf das westliche Ausland gerichteten Erwartungshaltung auf die Möglichkeiten innerhalb der eigenen Wirtschaft und des ehemaligen Wirtschaftsverbundes der sozialistischen Staaten (RGW) gelenkt werden** - auch wenn die durch die vorangegangene russische Vorherrschaft schwer belasteten nationalen Gegensätze dies sehr erschweren. In erster Linie dort liegen mögliche Handelspartner, die auf einem vergleichbaren Produktivitäts- und Innovationsstand stehen.

**2. So wichtig die geldpolitischen Steuerungselemente für eine Volkswirtschaft sind, so sind sie doch nur zum geringen Teil Ursache oder bewegende Kraft in dem volkswirtschaftlichen Prozeß. Basis der Wirtschaft ist die Erzeugung marktfähiger Güter mit einer ausreichend hohen Produktivität.** Dies setzt neben der vorausgesetzten Verfügbarkeit von Rohstoffen die Inno-

vationsfähigkeit zu qualitativ hochstehenden Produkten, die Organisationsfähigkeit von Arbeit und die Verfügung von Investitionskapital voraus. Die Innovationsfähigkeit richtet sich dabei einmal auf die Qualität der Produkte, zum anderen auf die im Produktionsprozeß eingesetzten Technologien. Die Organisationsfähigkeit ist wie die Fähigkeit zu Innovationen stark an die Einzelpersonlichkeit gebunden. Ihr Einfluß hängt aber vom gesellschaftlichen Umfeld, insbesondere von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Das Investitionskapital kann nur in ausreichendem Maße gesamtgesellschaftlich erwirtschaftet werden. Es verlangt eine gesunde, von kurzfristigen wirtschaftlichen oder politischen Interessen freie Ordnung und Verwaltung.

Wirksame Hilfe ist nur möglich, wenn entsprechende menschliche Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale zum Umsetzen der angebotenen Hilfen gebildet sind.

Es wurde in der Analyse dargestellt, wie die Individualitätskräfte gesellschaftlich unterdrückt und - soweit sie sich als nicht verdrängbar erwiesen - aus dem Gesellschaftsleben weitgehend eliminiert wurden. Sie sind es aber, die dringend benötigt werden und die sich durch schöpferische Einfälle, Entscheidungsfähigkeit und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme zeigen.

Daß solche Qualitäten nicht durch reine Managementkurse, Führungstechniken u.ä. erworben werden können, versteht sich von selbst. Dringend gefragt sind deshalb Erfahrungsräume, in denen die Individualitätskräfte jedes einzelnen Menschen als Quell autonomer Entscheidungen und Zielsetzungen erfahren und geschult werden. Ohne ein neues Selbstverständnis als Mensch werden alle weiteren Qualifikationen nicht von innen her getragen sein und deshalb nicht die gleiche Wirkung erzielen wie bei Menschen, die aus einem demokratischen Umfeld heranwachsend immer wie selbstverständlich die Betonung des individuellen Urteils, Entscheidungsautonomie und Verantwortungsübernahme erlebt haben. Die bisherigen Kurse des Autors in Osteuropa haben gezeigt, daß ein auf die geistige Individualität gegründetes Menschenbild und die Erfahrung in kreativen Tätigkeiten die so dringend geforderten Persönlichkeitsmerkmale wachrufen und auch unter schwierigen Umständen sich bewähren lassen können.

Parallel zur Persönlichkeitsbildung ist fachliche Kompetenz im Durchschauen und Gestaltenkönnen der verschiedenen Faktoren notwendig, welche die wirtschaftliche Prosperität bestimmen. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß zwischen geistiger Arbeit, aus der die Innovationsschübe hervorgehen und der praktischen Umsetzung eine enge und kurzfristig realisierbare Verbindung entsteht. Die Innovationsfähigkeit setzt also einerseits individuelle Kreativität andererseits eine entsprechende Sozialgestaltung der Unternehmen voraus.

**3. Die Eigenkapitalbildung der Betriebe ist zunächst mit allen Mitteln zu stärken. Dies kann einerseits durch den Aufbau eines effektiven Banksystems, in dem auch örtliche oder auf einen Industriezweig bezogene Einrichtungen eine wesentliche Rolle spielen, andererseits durch das Steuersystem wesentlich gestaltet werden.** In der derzeitigen Lage ist es antiproduktiv, wenn Unternehmensgewinne versteuert werden, sofern sie nicht von den Kapitaleignern in Konsumgelder umgewandelt, also irgendeinem persönlichen Konsum zugeführt werden.

Auch dieser Schritt wird nur zu realisieren sein, wenn ausreichend viele Menschen für eine Banktätigkeit und entsprechend in den Leitungsgremien der Unternehmen für den Umgang und das Verständnis von Geld geschult werden. Welche Rolle hierfür zugleich persönlichkeitsbezogene Bildungsmaßnahmen haben, braucht angesichts der drohenden mißbräuchlichen Gefahren im Umgang mit Geld nicht weiter betont zu werden.

Gesellschaftliche Heilungsprozesse müssen durch strukturelle Umgestaltungen (z.B. durch die Gesetzgebung) unterstützt werden. Anzusetzen haben sie aber an einzelnen Einrichtungen und Modellen, die als Lernorte die benötigten Fähigkeiten auszubilden gestatten.

So wünschenswert ein rascher und in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hineinreichender Aufbau ist, so wenig wird er als ganzes zu leisten sein. Neues wird neben Altem für längere Zeit fortzubestehen haben. Es erscheint durchaus wünschenswert, konkurrierende Systeme in ihren Auswirkungen zu studieren. Nur so wird es möglich sein, sozialverträgliche Umwandlungen herbeizuführen, die nicht zu einer Chaotisierung oder "Süd-Amerikanisierung" der Gesellschaft führen.

Der Beginn von unterstützenden Maßnahmen durch westliches Know how - und soweit vorhanden - westlichem Kapital sollte in der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgemeinschaften, die möglichst mit Weiterverarbeitungs- und Veredlungsbetrieben gekoppelt und mit einem eigenen Distributions- und Verkaufssystem auszustatten sind, ansetzen.

**Der Beginn mit der Landwirtschaft ist notwendig, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und von Nahrungsmittelimporten unabhängig zu werden.** Mit verhältnismäßig geringen Mitteln kann auf diesem Gebiet viel erreicht werden, wenn ausreichende organisatorische Fähigkeiten zur Verfügung stehen. Mit der Weiterbearbeitung kann ein ausreichendes Eigenkapital gebildet werden, das technische Investitionen möglich macht und so die Landwirtschaft aus der gegenwärtigen Niedergangsperiode herausführt. Gleichzeitig muß die Subvention landwirtschaftlicher Produkte entschieden abgebaut werden, damit sich angemessene Preise bilden können, ohne die eine private Produktion schwer oder gar nicht aufzubauen ist.

Zu prüfen wird auch sein, ob mit landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften kleinere industrielle Unternehmen verbunden werden können, durch welche die in der Analyse erwähnte Kluft zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion geschlossen werden kann. Die Unterversorgung der ländlichen Bevölkerung mit Industrieprodukten stellt ein ernsthaftes Problem dar. Ansätze der genannten Art könnten hier zumindest mildernd eingreifen.

Die vielerorts praktizierte Privatisierung in der Landwirtschaft mit kleinsten Ackerflächen wird auf keinen Fall Zukunft haben, da mit dem weltwirtschaftlichen Zusammenschluß der wirksam werdende Produktivitätsvergleich verheerend ausfallen würde. Es gibt keinen Sinn, die landwirtschaftlich Tätigen in die Falle unproduktiver Kleinstbetriebe laufen zu lassen - es sei denn, die besonderen Verhältnisse lassen es im Einzelfall für die nächste Zeit sinnvoll erscheinen.

**Ohne funktionierende Verwaltung ist der Aufbau der Wirtschaft nicht möglich.**

Wo es gelingt, wirtschaftliche Entfaltung zu stimulieren, müssen lokale oder überregionale Steuerungsinstrumente greifen, die es möglich machen, aus den erwirtschafte-

ten Gewinnen Gelder in die Entwicklung der Infrastruktur zu lenken. Dies kann nur im Zusammenspiel mit einer funktionsfähigen Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen geschehen. Hier liegt der andere große Schulungsbedarf vor, der erprobte Verwaltungserfahrung vermittelt und den lokalen Bedingungen sachgemäß anpaßt. Nur bei einer ausreichenden Dezentralisierung der Verwaltung wird aber auch dem zu erwartenden hohen Entscheidungs- und Verwaltungsbedarf begegnet werden können.

Es wurde im Zusammenhang mit der Verwaltung auf das Problem der nicht eliminierbaren Nomenklatura verwiesen. So vielschichtig und schwierig dieses Problem ist: Es müssen auch die früheren Funktionsträger soweit wie möglich zu einer positiven Mitarbeit unter neuen Bedingungen gewonnen werden. Liegen nicht strafrechtlich zu ahndende Vergehen oder völlige Unfähigkeit vor, so muß vorhandene Sachkompetenz genutzt und für eine positive gesellschaftliche Entwicklung eingesetzt werden. Doch ist dies Angelegenheit der betroffenen Menschengruppen, hier eine als gerecht empfundene Lösung zu finden, nicht der außerhalb stehenden Betrachter oder Berater.

**Eine von der Bevölkerung akzeptierte Umwandlung der gesellschaftlichen Strukturen muß immer auch die kulturelle und politische Tradition der Völker und Volksgruppen berücksichtigen.** Sie darf nicht eine von außen aufgeprägte Form nach dem Willen ausländischer Institutionen oder Staaten sein, sondern muß im Einklang mit dem eigenen Lebensempfinden und den genannten Traditionen stehen. Zu den Folgen des sozialistischen "Internationalismus" gehört der weitgehende Verlust der kulturellen Identität. In für westliche Beobachter schwer verständlicher Intensität wird nach der eigenen Kultur "vor dem Bolschewismus" gefragt. Gelingt es, Brücken über 45 oder gar 75 Jahre zu schlagen, so wird dies als ein wichtiges Ereignis empfunden, das zu einem neuen Selbstverständnis heilend beiträgt. Die Bedeutung dieser kulturellen Seite eines gesellschaftlichen Erneuerungsprozesses wird oft völlig unterschätzt. Sie ist aber mit dem Selbstverständnis und der Würde der Menschen untrennbar empfunden. Kontakte nur auf der Ebene eines wirtschaftlichen oder politischen Wiederaufbaus drohen durch die Ungleichgewichtigkeit der Kräfte die östlichen Partner zu Weisungs- und Hilfspfängern zu degradieren, die ihrem kulturellen und geschichtlichen Selbstverständnis und ihrer Bedeutung für die Kultur Europas in keiner Weise gerecht wird.

**Das Anerkennen und Ernstnehmen der kulturellen Traditionen und Werte von Völkern und das Unterstützen der kulturellen Selbstbestimmung des Einzelnen machen es auch möglich, den zerstörerischen nationalistischen Kräften glaubhaft entgegenzutreten.** Nur behutsam wird bei ethnischer Durchdringung von Völkern die Bedeutung des geographischen Gebietes zu Gunsten der Bedeutung des personellen Verbandes in einer gemeinsamen Kultur verschoben werden können; und nur so wird die Rolle eines auf die Menschenrechte gebauten Zusammenlebens verschiedenen Völker in supranationalen Verbänden dem Empfinden nahe kommen. Der Hinweis auf den europäischen Einigungsprozeß findet in Ost-Europa nicht ohne weiteres eine Empfindungsgrundlage und wohl eher aus wirtschaftlichen Erwägungen partielle Zustimmung.

# Berichte und Notizen

## Notiz zum Währungsproblem in der GUS

(cs) Eines der größten Probleme der gegenwärtigen Umgestaltung des Wirtschaftslebens besonders in der GUS ist die zerfallende Währung ist. Hierzu hat bei verschiedenen Gelegenheiten U. Herrmannstorfer Gesichtspunkte vorgetragen, die hier wenigstens in Form einer Rohskizze Erwähnung finden sollen: An den Währungsproblemen im Osten zeige sich, daß Geld nur Papier ist, wenn nicht die Voraussetzung des Vertrauens in die Rechtssicherheit vorhanden ist, für das Geld zu einem vernünftigen Preis einen realen Gegenwert zu erhalten. Sonst wird niemand für wirkliche Werte Geld geben und der Austauschprozeß wird zum Erliegen kommen. Es tritt ein Rückfall in den Naturaltausch ein mit seiner behindernden Schwerfälligkeit, die besonders Menschen trifft, die nicht über unmittelbar tauschfähige Güter verfügen (wir kennen all diese Situationen aus der deutschen Nachkriegszeit.) Es ist dies die Stunde des Schwarzmarkts und der Mafia (in welcher Form auch immer). Die Situation ist nicht durch die Schaffung einer neuen Währung zu klären, sondern letztlich nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens. "Geld" entsteht da, wo Güter ohne direkten Gegentausch im Vertrauen auf eine spätere Gegenleistung hergegeben werden. Wo solche Vertrauensverhältnisse zwischen Menschen und Betrieben aufgebaut werden können, entsteht "private Geldschöpfung". Eine Hoffnung auf Besserung liegt, so Udo Herrmannstorfer, darin, daß Kreise von Betrieben und Menschen sich bilden, die in diesem Sinne zusammenarbeiten wollen. Innerhalb solcher Kreise kann ein Geld-Verrechnungskreislauf entstehen, in dem gegenseitige Leistungen erfaßt und miteinander verrechnet werden (eine Art interner Verrechnungsrubel, dessen Wert durch die vereinbarten Preise bestimmt wird und der sich nach außen jederzeit zu einem zu bestimmenden Kurs in Normalrubel umgetauscht werden kann. Ein solcher Verbund und seine Mitglieder können also durchaus auch nach außen tätig werden.

Erfolgversprechend erscheinen Mischungen aus Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, wobei Konsumenten z.B. als Abnehmergenossenschaft einbezogen werden können. Bei der Zusammenarbeit mit einer Bank ließen sich auch die Geldprozesse neu gestalten (z.B. Unverzinslichkeit der Guthaben und dadurch Vergünstigung der Kredite).

Es gibt im Westen durchaus Beispiele solcher Verrechnungskreise (Bausparkassen in Deutschland, WIR-Ring in der Schweiz).

## Kultur-Impuls in Ostsibirien

*Josef Busch*

Seit etwa 3 Jahren ist im Baikalsee-Gebiet ein anthroposophischer Kultur-Impuls im Entstehen. Außer einer heilpädagogischen Dorfsiedlung 19 km außerhalb von Irkutsk soll ein Haus im Zentrum der Stadt einerseits der Heilpädagogik dienen und andererseits soll ein Café bzw. eine Teestube mit vegetarischem Büffet, Seminarräumen und

Unterbringungsmöglichkeiten als Kulturzentrum gekauft oder gebaut werden. Ferner ist eine heilpädagogische Initiative mit Namen "Talisman" im Entstehen, sowie die Anfänge eines Waldorfschul-Vereins. Einige Ärzte, die seit etwa 2 1/2 Jahren - endlich - frei praktizieren dürfen, haben die Errichtung eines freien, teilweise anthroposophisch ausgerichteten Therapeutikums ins Auge gefaßt.

Vom 22. bis 27. September 1991 fand in Irkutsk ein Ost-West-Kongreß statt, zu welchem Menschen aus Mittel- und Nordeuropa, aus den USA (Kalifornien), sowie auch aus verschiedenen Gegenden der ehemaligen Sowjetunion (St. Petersburg, Moskau, Odessa, Donezk, Tiflis, Jekaterinburg/Ural, Korsakow/Sachalin usw.) kamen. Aus Irkutsk selber nahmen zumeist jüngere Menschen teil.

Die Kongreß-Themen: Die Bedeutung des Baikalsee-Gebietes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; der Einfluß der dorthin verbannten Dekabristen von 1825; die Wechselbeziehung Amerika - Sibirien und Rußland; die ungelöste soziale Frage in Ost und West als Gewissensfrage (Jahrhundertfrage) und die soziale Frage als Übungsweg (hierzu hielt Christof Lindenau insgesamt 4 Vorträge, die Interesse der Teilnehmer auf sich zogen, da es bisher völlig ungewohnt war, in dieser Weise über ein solches Thema zu sprechen).

Einer der burjätischen Vortragsredner von der dortigen Universität berichtete über die jahrzehntelange Zwangsrussifizierung der Völker der ehemaligen Sowjetunion, um einen kommunistischen Einheitsmenschen heranzuzüchten. Dabei sei auch die Sprache und Schrift des burjätischen Volkes, welches östlich des Baikalsees eine eigene, anscheinend mustergültige Republik (Hauptstadt Ulan Ude) bewohnt, "abgeschafft", d.h. verboten worden. Dies alles sei aber nicht auf Bösartigkeit der Russen zurückzuführen, sondern auf ideologische Verblendung, die eine ihrer Wurzeln auch in Deutschland habe. Denn die "Urväter" des Marxismus, den Lenin dann zum Leninismus weiterentwickelt habe, seien schließlich Deutsche gewesen: Marx und Engels. Und die Burjäten vor allem seien sehr gespannt, ob aus Deutschland auch noch einmal etwas anderes komme, als eine solche verhängnisvolle Ideologie. Jetzt müßte die burjätische Kultur, d.h. vorwiegend Sprache und Schrift, wiederbelebt werden, was aber jetzt leider nurmehr der sogenannte "zweite Aufguß" sein könne, da das Ursprüngliche ja ausgetilgt wurde.

Mehr oder weniger ausgesprochen oder auch unausgesprochen war auch das Problem des richtigen Umgangs mit Anthroposophie dort im Osten. Die Menschen möchten nicht noch eine "dritte Ideologie" übergestülpt bekommen - gleichsam einen sich selbst mißverstehenden "Anthroposophismus" - nachdem sie jetzt gerade mit der "zweiten", dem westlichen Kapitalismus, nicht unbedingt immer sehr erfreuliche Erfahrungen durchmachen müssen. Insofern ist jeglicher, wenn auch gutgemeinter, Missionierungseifer fehl am Platze. Gefragt ist vor allem das selbstlose Mithelfen bei den dortigen Initiativen, das Zusammenleben und -arbeiten mit den Menschen "vor Ort", kurz: Das Schaffen von gegenseitigem Vertrauen und echter Partnerschaft ohne jegliche westliche Überheblichkeit. In diesem Sinne haben jüngere Menschen aus

der Schweiz schon einiges zuwege gebracht (Sommerferien-Lager mit behinderten Kindern am Baikalsee - 1991; Eurythmiekurse für Eltern und Kinder - im ehemaligen Zentrum des kommunistischen Jugendverbandes "Komsomol" in Irkutsk). So sind denn auch in näherer und fernerer Zukunft vor allem junge Menschen aufgerufen, dort mitzuhelfen bei der Gestaltung der verschiedenen Initiativen. Es ist zu hoffen, daß anlässlich der im Juli/August dieses Jahres nach Sibirien und in die Mongolei reisenden "Kultur-Karawane" sich noch viele persönliche Beziehungen nach dorthin ergeben.

In Georgien und in Sibirien hat sich durch 72 Jahre Sowjetsystem hindurch ein gewisser freiheitlicher Geist erhalten. So gab es in Sibirien nie Leibeigenschaft (die im westlichen Rußland 1861 aufgehoben wurde). Es wurden unter der Zarenherrschaft sehr viele aufmüpfige leibeigene Bauern aus dem westlichen Rußland nach Sibirien verbannt, wie auch die sogenannten "Dekabristen", die als Adlige und hohe Armee-Offiziere 1825 einen Aufstand gegen den Zar inszenierten, um die Leibeigenschaft zu beseitigen und Rußland auf die Bahn einer modernen Entwicklung zu bringen. Diese Menschen haben den im 19. Jahrhundert auch in Rußland aufkeimenden Freiheitsimpuls nach Sibirien gebracht, während die ihren verbannten Männern nachfolgenden Frauen der Dekabristen den europäischen Kulturimpuls dorthin verpflanzten. Diese Impulse aufzugreifen und in zeitgemäßer Form im Sinne von Rudolf Steiners "Philosophie der Freiheit" weiterzuführen, sollte das Ideal all derer sein, die sich in irgendeiner Weise mit der *Baikal-Initiative* verbinden. Es kommt alles darauf an, den dort so aktiv tätigen Vorposten ein solidarisches, d.h. geschwisterliches Umfeld bis nach Europa und Nordamerika zu schaffen. Hans-Göran Hardt, einer der Haupt-Initiatoren in Irkutsk, hat es am Ende des Ost-West-Kongresses wohl treffend ausgesprochen: "Wir sind die modernen Dekabristen von heute!"

Wer mithelfen will, den anthroposophischen Kulturimpuls in Ostsibirien zu begründen, kann durch freiwillige Spenden die dringend benötigten finanziellen Mittel aufbringen: Konto-Nr. 398 00-704, Postgiroamt Stuttgart, BLZ 600 100 70 - Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners - Kennwort *Baikal-Initiative*. Ich selber stehe einschlägig interessierten Menschen mit Vorträgen über die Geschichte Sibiriens und mit Lichtbildern über meine Reisen an den Baikalsee sowie für persönliche Fragen und Auskünfte gerne zur Verfügung. Außerdem suche ich noch Helfer und Förderer, die mich unterstützen beim Versand anthroposophischer Literatur in russischer Sprache nach Rußland bzw. Sibirien, die von einem Mitarbeiter in Karlsruhe in selbstloser Kleinarbeit fotomechanisch reproduziert wird, um den geradezu riesigen Bedarf ein klein wenig befriedigen zu helfen, bis diese Literatur einmal in besserer Aufmachung zur Verfügung stehen wird.

*Josef Busch, Oberwühl 64, W-7883 Görwihl, Tel. 07754-382.*

### **Rumänien: Beispiel Simeria**

*Eveline Lang*

In Simeria, einem Dorf in Siebenbürgen am Nordrand der Karpaten entsteht ein heilpädagogisches Heim, das in seiner Entwicklung schon recht weit gediehen ist. Im Zusammenhang damit sind bereits die ersten Schritte zum Bau einer Waldorfschule getan. Eltern der Michael-Bauer-Schule in Stuttgart haben diese ersten Schritte nach Kräften unterstützt. Es wurde u.a. ein 20-Tonnen-LKW aus ehemaligen Wehrbeständen der früheren DDR

gekauft, mit großem zeitlichem Aufwand TÜV-fähig gemacht und angefüllt mit dringend benötigtem Baumaterial, das von Firmen im Werte von ca. 220.000,- DM gespendet worden war. Nach abenteuerlicher Fahrt konnte das Material in Simeria übergeben werden.

Für diese Aktion, die etwa 8.600,- DM gekostet hat, und für eine geplante Einladung zur Hospitation der dort unterrichtenden Lehrerin suchen wir noch freundliche Spender. Außerdem braucht die werdende Schule jetzt nichts dringender als Geld.

*Wenn Sie dieses Projekt unterstützen wollen, bitten wir Sie herzlich um eine Spende auf das Konto der Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V., PSK Stuttgart 303434-704 (BLZ 60010070). Kennwort: Waldorfschule Simeria. Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne: Eveline Lang, Brandenkopfweg 21, 7000 Stuttgart 80, Tel.: 0711-684190.*

Offener Brief des Leipziger Kulturkostladens an die (**west**)deutschen Anthroposophen

(cs) In einem offenen Brief kritisiert Stefan Schulze das seiner Meinung nach mangelhafte Engagement westdeutscher Anthroposophen für die Entwicklung in den neuen Bundesländern. Er bezieht sich dabei auch auf die fehlende Präsenz anthroposophischer Verlage bei der Leipziger Buchmesse. Nach der großen Begeisterung und dem Interesse damals in der Zeit der "Wende", ist Schulze - und damit dürfte er in den neuen Bundesländern nicht allein stehen - mehr oder weniger enttäuscht vom Desinteresse der westdeutschen Freunde. Er schreibt: "Ich glaube, Ihr rechnet nicht (mehr) damit, daß hier immer noch vieles offen IST." Die Einstellung von R. Heinrichs waldorfpädagogischer Zeitschrift "metamorphose", die Schließung des Leipziger Priesterseminars und ähnliche Ereignisse haben bei Schulze geradezu den Eindruck hervorgerufen, daß auch die "westdeutschen Anthroposophen all das, was es hier an Ansätzen, an Neuem gab, in den Westen Deutschlands rissen." "Viel ist in der deutsch-deutschen Anthroposophie noch nicht zusammengewachsen." **"Wollen wir unsere Zusammenarbeit nun endlich voran-bringen, gemeinsam er-ringen? Auch gegen die Gegenkräfte in den eigenen Reihen. Oder wollen wir ewig 'die alte Masche weiterfahren, Ideale immer weiter abbröckeln lassen, dem Mammon weiter frönen, unsere Bedürfnisse (materiell) weiter steigern...? [...]** Ich versichere Euch, wir werden auch Euch helfen - wie Ihr uns helft, geholfen habt. **Es geht doch nur gemeinsam!"**

*Die Adresse lautet: Kulturkostladen, Stefan Schulze, Breite Str. 8, 7050 Leipzig. Der ungekürzte Text des Briefs kann auch über das Netzwerkbüro bezogen werden (Briefmarke beifügen).*

### **VI. Kolloquium "Freie Schule und Staat" des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen in Slowenien**

*Christoph Gögelein*

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen hat vom 7.-11. Mai 1992 sein VI. Kolloquium "Freie Schule und Staat" durchgeführt. Es fand dieses Mal in einer Tagungsstätte des slowenischen Verteidigungsministeriums in Poljce/Bled, 60 km nördlich von Ljubljana (Lai-bach) in landschaftlich reizvoller Umgebung statt. Der slowenische Erziehungsminister Peter Vencj hat das Forum eingeladen, und der slowenische Staat finanzierte den größten Teil des Aufenthalts der etwa 100 Teilnehmer. Er begrüßte die Gäste und lud am 10.5. in Bled zu einem Empfang ein.

Lehrer, Eltern, Erziehungswissenschaftler, Schulverwalter und Regierungsbeamte aus diesmal 20 Ländern kamen dieses Mal zusammen. Das verbindende Interesse war, ein freies Bildungswesen in allen Bereichen zu fördern. Kennenlernen der Verhältnisse und Sorgen in anderen Ländern, aber auch die persönlichen Begegnungen waren besonders wichtig. In den Eingangsvorträgen stellte Frans Carlgren (Stockholm) konkrete Kinderschicksale vor und machte die Notwendigkeit individueller, freier Erziehung im überschaubaren Rahmen daran deutlich. Prof. Siegfried Jenkner (Hannover) wies auf die Tendenz in der Erziehungswissenschaft der 80er Jahre nach mehr Qualität statt Expansion hin. Auf Dezentralisierung, Schulvielfalt, Autonomie wurde hingewiesen. Auch die Maastrichter Verträge vom 7.2.92 betonten das Subsidiaritätsprinzip. Für die Umsetzung seien aber noch beträchtliche politische Anstrengungen nötig. Fruchtbar könne eine Ost-West-Kooperation sein. Weitere Vorträge - unterschiedlicher Qualität - befaßten sich u.a. mit Lehrerbildung, holländischer Schulsituation, der Minderheitenfrage und der Bilingualität. Eine öffentliche Podiumsdiskussion (round table) in Ljubljana "Erziehung zur freien Persönlichkeit" war bei bestem Bemühen etwas enttäuschend geraten.

Anstrengungen wurden, neben dem persönlichen Gespräch, vor allem aus den Arbeitsgruppen mitgenommen. Einige seien hier genannt: Prof. E. Skiera gab Anregungen zur alternativen Pädagogik, F.R. Jach verglich neue Schulgesetze im Hinblick auf ihren Freiheitsgehalt, A. Horvath befaßte sich mit dem Problem der zentralen nationalen Curricula, wohl nicht nur in Ungarn ein mächtiger Feind der Freiheit, eine Gruppe beschäftigte sich mit den möglichen politischen Aktivitäten des Forums, auch bei den internationalen Organisationen - das Forum arbeitet ja inzwischen als NGO (Nongovernmental Organisation) im Rahmen der KSZE.

Den Teilnehmern wurde auch eine Reihe von im Rahmen des Forum erarbeiteten Materialien zur Verfügung gestellt: Band 1 der neuen im info-3-Verlag erscheinenden Schriftenreihe des Forums enthält eine Zusammenstellung internationaler Erklärungen und Übereinkünfte zum Recht auf Bildung und zur Freiheit der Erziehung (Hrsg. Siegfried Jenkner). Band 2 enthält Fallstudien zur Selbstverwaltung (Hrsg. E. Fuchs und I. Krampen). Es gibt eine sog. Länderkarte, die regelmäßig im Mai erscheinen soll. Sie berichtet ganz knapp über die Veränderungen, die zum Guten oder zum Schlechten im Hinblick auf die Freiheit im Bildungswesen in den verschiedenen Ländern Europa stattfanden. Es gibt eine Zusammenstellung über das Forum, das nicht zuletzt auch dem "Fundraising" dienen soll. Ein gründlich erarbeitetes Papier zur Konkretisierung der freien Schulaufsicht (u.a. von der Anthroposophischen Akademie für Gegenwartsfragen erarbeitet) konnte diese Mal noch nicht gründlich in den Forumsprozeß eingebracht werden.

Das Forum steht weiter vor der Aufgabe, neben den finanziellen Fragen, außerhalb der Kolloquien gründliche, professionelle Arbeit an konkreten Fragen zu leisten und sich für die Kolloquia klare, präzise Aufgaben zu stellen, die gründlich vorbereitet sind.

Der Arbeitszusammenhang des Forums ist bei der geringen Zahl an Bündnispartnern für Freiheit im Bildungswesen eine dringende Notwendigkeit. Noch hat es Chancen, diese Aufgaben stärker zu ergreifen.

*Die Adresse des Sekretariats des Forums in Deutschland ist: Annener Berg 15, DW-5810 Witten.*

## **Internationales Dreigliederungstreffen in Holland**

(cs) Vom 22. - 24. März 1992 fand in Groesbeek bei Nijmegen ein Internationales Dreigliederungstreffen statt, zu dem eine Gruppe von Mitgliedern der niederländischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Dreigliederung aufgerufen hatte. Über das Treffen war im Vorfeld über längere Zeit intensiv informiert worden (vgl. auch unseren Rundbrief Nr. 4/1992). Die Liste der Teilnehmer umfaßt 59 Namen, 36 Menschen aus Holland, die anderen 23 kamen aus Deutschland, der Schweiz, Belgien und den USA.

Am ersten Abend wurde gemeinsam das erste Kapitel der Kernpunkte erarbeitet. Im Lauf des Treffens sprach Udo Herrmannstorfer über den Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Gary Lamb (Redakteur der Zeitschrift "Threefold Review" aus den USA) berichtet über die dortigen Bemühungen um Freiheit im Bildungswesen, Mouringh Boeke referierte über seine Arbeit in dieser Richtung in Holland und Wilfried Heidt erzählte von seinen Aktivitäten in Rumänien (Asotiacia Media Romania).

Am Montag nachmittag fand ein sogenannter "Markt" statt, bei dem sich aufgrund von unterschiedlichen Themenangeboten nach dem Prinzip "Angebot/Nachfrage" Arbeitsgruppen bilden konnten, eine sicherlich die Spontaneität fördernde Arbeitsform. Am Montag Abend fand ein Gespräch über Dreigliederungs-Ausbildungen statt.

Das Abschlußgespräch über Fragen der Dreigliederungsbewegung brachte eine gewisse Übereinstimmung darüber, daß es auf die Entwicklung gegenseitiger Wahrnehmung und Zusammenarbeit und eine konstruktive Arbeit an den Inhalten der Dreigliederung ankomme. Viele Teilnehmer äußerten den Wunsch zu einem neuen Treffen ähnlicher Art in einem Jahr. Hierfür wurde als Termin der 20.-23. März 1993 in den Terminkalendern vorsorglich "blockiert". Ob das Treffen tatsächlich stattfinden kann, wurde davon abhängig gemacht, ob eine Gruppe von Menschen in freier Initiative sich für die Vorbereitungsarbeit zur Verfügung stellt. Eine solche Gruppe hat sich inzwischen wiederum aus Mitgliedern der niederländischen "Werkgemeenschap" konstituiert (M. Boeke, P. Grillis, J. Luiten, D. Ogilvie, L. Takken, M. Takken).

Die holländischen Gastgeber waren sichtlich und durchaus erfolgreich darum bemüht, eine Belastung des Treffens durch "Nachwehen" alter Auseinandersetzungen zu vermeiden und für eine gute und freie Atmosphäre zu sorgen.

Daß noch einige Arbeit zu leisten ist, um die Gefahr des Rückfalls in verstandesseelenhafte Dogmenstreitigkeiten in Debatten von Dreigliederern endgültig zu bannen, meint der Autor in der Arbeitsgruppe über das Verhältnis von "Anthroposophischer Gesellschaft und sozialer Dreigliederung" deutlich wahrgenommen zu haben. U. Herrmannstorfer plädierte denn im Schlußgespräch auch für die Vermeidung problematischer Weichenstellungen für die Thematik eines Folgetreffens, die dessen Mißerfolg vorprogrammieren könnten. Er selbst schlug vor, gemeinsam an den im Hinblick auf die Integrationsprozesse in Europa entstehenden Problemen der Dreigliederungsaktivität zu arbeiten.

*Informationen über ein Folgetreffen sind zu beziehen über: Liesbeth Takken, Saffierstraat 31-111, NL-1074 GJ Amsterdam, Tel. 020-6710983.*

## Dreigliederungs-Arbeitskreis in Stuttgart im Rudolf-Steiner-Haus

*Erwin Haas*

Mit dieser Notiz möchte ich darauf hinweisen, daß es im Rudolf-Steiner-Haus einen Dreigliederungs-Arbeitskreis gibt.

Wir sind ein kleiner Kreis von z.Zt. etwa 6 Teilnehmer und beschäftigen uns schon lange mit Dreigliederungsfragen. "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und der Zyklus "Die soziale Frage als Bewußtseinsfrage" (GA 189) haben uns in der Vergangenheit beschäftigt. Zur Zeit arbeiten wir den Zyklus "Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im sozialen Geschehen" (GA 190). Wir lesen abwechselnd den Text. Wenn Fragen auftauchen oder wenn jemand etwas ergänzen möchte, unterbrechen wir das Lesen, um im Gespräch den Inhalt zu verdeutlichen und zu vertiefen. Gegenwärtig verwenden wir zusätzlich die erste halbe Stunde für das Studium der "Philosophie der Freiheit".

Wer Interesse hat und sich nicht scheut, mitten in die Arbeit hineinzuspringen, ist zur Mitarbeit herzlich eingeladen. Wir treffen uns jeden Donnerstag um 8 Uhr. Unser Kreis ist im Programm des Rudolf-Steiner-Hauses aufgeführt.

## Viertes Folgetreffen der KSZE: Bürgerinitiative ruft zu mehr Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit in Europa auf

(cs) Am Dienstag, dem 26. Mai, wurde dem Sekretariat des 4. Folgetreffens der KSZE in Helsinki ein Aufruf übersandt, der die Unterschriften von 884 Bürgern aus verschiedensten europäischen Ländern trägt, darunter eine ganze Reihe prominenter Persönlichkeiten. Das Dokument, das in verschiedenen europäischen Sprachen kursierte, ist überschrieben: "Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestalten. Ein Aufruf zu mehr Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit."

Im Namen des Initiativkomitees, das den Aufruf Anfang 1990 - mitten in der Zeit des Umbruchs in Ost- und Mitteleuropa - veröffentlicht hat, bat C. Strawe das Sekretariat, das Dokument an die Delegationen der 51 Teilnehmerstaaten weiterzuleiten. In einem Brief an die Delegationen wird betont, daß die Unterzeichner in einer für Europa entscheidenden Situation zur Realisierung der Ideale von Sicherheit und Zusammenarbeit beitragen wollten. Sie seien der Meinung, daß dieser Prozeß nicht nur der Unterstützung der staatlichen Institutionen, sondern auch nicht-staatlicher Organisationen bedürfe. Der Aufruf sei als Anregung zum Dialog zu verstehen, er enthalte Leitgedanken, die für die Lösung von Sachproblemen fruchtbar gemacht werden könnten. In diesem Zusammenhang wird auf verschiedene konkrete Initiativen hingewiesen, an denen Unterzeichner des Aufrufs beteiligt sind.

Auch wenn die Unterschriftensammlung mit der Übersendung nun beendet ist, kann der Text des Aufrufs (der den meisten Rundbrief-Lesern ja bekannt ist) weiterhin sinnvoll als Arbeitsmaterial verwendet werden. Aufrufe sind also nach wie vor über das Büro zu beziehen. Für die "Helsinki-Aktion" wurde auch endlich (nach Übersetzungen ins Französische, Tschechische, Kroatische, Polnische usw.) durch Martin Rawson eine **englische Übersetzung** erstellt. Diese kann als **Vervielfältigungsvorlage** über das Büro bezogen werden.

## Eurythmie im Arbeitsleben

*Diana Olimpio*

Seit 1927 besteht in der Firma Weleda die Betriebseurythmie. Sie hat sich Laufe der vielen Jahre zu einem integrierten Bestandteil der Arbeit entwickelt und viel zur Betriebskultur beigetragen. Trotz der langen Tradition kann sie als ein neues Gebiet der Eurythmie angesehen werden, da sie mit den arbeitenden Menschen und am Arbeitsplatz entwickelt wurde, sowohl für die mehr geistig als auch die mehr manuell Tätigen.

Zu Beginn 1982 arbeitete ich erst einmal in allen Abteilungen mit, um die Menschen in ihren Tätigkeitsbereichen wahrzunehmen, einen persönlichen Kontakt herzustellen, und um die Bedürfnisse des Bewegungsbereiches des einzelnen sowie ganzer Abteilungen kennenzulernen. Durch den Einsatz von Maschinen werden Bewegungsabläufe mechanisiert. Diese Mechanisierung betrifft nicht nur den körperlichen Bewegungsbereich, sondern erstreckt sich auf den ganzen Menschen und ~~Digt in denen~~ Arbeitsbedingungen führen zu einem Ausklammern von teilnehmendem Erleben an der Tätigkeit. Durch Technisierung und Spezialisierung wird der Blick auf Teilaspekte reduziert. Es entsteht Kontakt- und Kommunikationsarmut und einseitiges Verhalten durch Isolation.

Wie kann da ein Sich-Öffnen auf anderen Ebenen, also eine Bewegung von innen heraus angeregt werden? Nun, gerade im sozialen Miteinander kann Eurythmie entscheidend wirken, da sie vor allem auf Entwicklung in Richtung von mehr Beweglichkeit zielt. In ihr begegnen sich alle auf einer "neutralen" Ebene. In gemeinsamen Formen und Bewegungsfolgen wird erübt, sich und die anderen wahrzunehmen. Es wird erfahren, daß es auf jeden einzelnen ankommt, daß er mitbestimmend zum Gesamtverlauf des künstlerischen Prozesses beiträgt, damit gemeinsam etwas gebildet werden kann und Freude entsteht, wenn es gelingt.

Durch die Wachheit im Prozeß der Bewegung und Gestaltung bildet sich die Fähigkeit, sein eigenes Handeln auch im Verhältnis zum Mitmenschen zu beobachten, sich dessen bewußt zu werden und es zu überschauen. Das schafft eine Atmosphäre, in der richtiges, situatives Handeln entstehen kann. Es regt an, Mut zur eigenen Kreativität zu entwickeln, aber auch Verantwortung zu übernehmen und sein Gegenwärtigsein in einer sich ständig verändernden Situation zu bewahren. Wie der Ausspruch einer Mitarbeiterin besagt: "Seitdem ich Eurythmie mache, komme ich besser im Alltag zurecht und überschau alles besser."

Während der letzten Jahre haben eine ganze Reihe von Wirtschaftsunternehmen Eurythmie am Arbeitsplatz in ihr Unternehmen integriert. Sie wird während der Arbeitszeit angeboten. Ihre Inanspruchnahme beruht auf Freiwilligkeit, ist also an das Interesse des einzelnen gebunden.

In der Firma Weleda steht jedem Mitarbeiter eine Stunde Eurythmie zu, sowie auch die Heileurythmie, die auf Anweisung des Betriebsarztes in Anspruch genommen werden kann. Die Beteiligung an der Betriebseurythmie liegt bei ca. 50%.

Seit 1986 treffen sich einmal jährlich alle Unternehmer und Betriebseurythmisten sowie das "Institut voor Eurythmie in Werkgebieden" zu einem Austausch.

Seit 1989 treffen sich zusätzlich einmal jährlich in der sog. Südtagung Unternehmer und Betriebseurythmisten aus

Süddeutschland, Frankreich und der Schweiz. Die nächste Tagung findet am 29./30. Januar 1993 in Erfurt statt.

Näheres über: *Diana Olimpio, Haußmannstr. 124a, W-7000 Stuttgart 1.*

### **Tagung der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum**

(cs) Vom Freitag, dem 1. - Sonntag, dem 3. Mai fand in Dornach eine Tagung der sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum statt, die sich mit Leitthema des Wirken der Widersachermächte im Sozialen befaßte. Manfred Schmidt-Brabant referierte eingangs über "Das Zusammenwirken von Luzifer und Ahriman im sozialen und politischen Leben - Soziale Phantome, Gespenster und Dämonen". Udo Herrmannstorfer sprach über "Verfrühungen und Verspätungen in ihren Auswirkungen auf das soziale Leben", Dr. Dietrich Spitta über "das Wirken von Luzifer, Ahriman und Christus im Rechtsleben", Gerd Schmäcke über "Wesensmerkmale ahrimanischer Lebensläufe in der Berufsarbeit". Am Samstagnachmittag fanden Arbeitsgruppen zum Thema statt. Die Tagung schloß mit Berichten und Überlegungen zum weiteren Tagungsrhythmus der Sektion. Die Teilnehmer gedachten des am 23. April verstorbenen Freundes Wilhelm Schmundt. Ulrich Rösch leitete dieses Gedenken mit einem Rückblick auf Leben und Werk W. Schmundts ein (hierzu s. weiter unten). Im Anschluß an die Tagung befaßte sich der von Udo Herrmannstorfer geleitete Wirtschaftskreis der Sektion mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Osten Europas. Am Rande der Tagung fand auch eine Mitgliederversammlung der Sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft Stuttgart e.V. statt.

### **Verfassungsdebatte**

(cs) Am 17. Juni findet eine Anhörung der Verfassungskommission zur Überarbeitung des Grundgesetzes zum Thema "direkte Demokratie" statt. Bei dieser Gelegenheit werden 1,5 Millionen Unterschriften für direkte Demokratie übergeben werden. Dies berichtet die Juni/Juli-Nummer der Zeitschrift IDEE, die einen Überblick über den Stand der Verfassungsdebatte gibt. Eine abschließende Entscheidung der Verfassungskommission über die Aufnahme des Volksentscheids in das Grundgesetz ist für 15. Oktober vorgesehen. In den inzwischen verabschiedeten Länderverfassungen von Brandenburg und Sachsen sind direktdemokratische Elemente verankert worden.

*Die Zeitschrift IDEE ist zu beziehen über Initiative Demokratie Entwickeln e.V. Prinz-Albrecht-Str. 43, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 - 215318.*

### **Zum Tode von Wilhelm Schmundt**

(cs) Am 23. April ist Wilhelm Schmundt über die Schwelle gegangen. "Unseren großen Lehrer" hat ihn Joseph Beuys genannt, und viele Aktive aus der Dreigliederungsbewegung werden diese Aussagen von Beuys für sich unterschreiben. Andere, die in diesem oder jenem Punkt Schmundts Antworten nicht teilen konnten, werden doch seine Fragestellungen schätzen, und in ihrer übergroßen Mehrheit werden sie in ihm, der immer wieder forderte, die Dinge "ins Rechte zu denken", einen

großen Anreger zum lebendigen Auffassen der Dreigliederung sehen.

Wilhelm Schmundt wurde am 10.1. 1898 in Metz/Lothringen geboren. Nach dem ersten 1. Weltkrieg studiert er Physik an der TH Berlin. 1910 stößt er als "Wandervogel" auf Steiners "Kernpunkte", zu denen er aber erst später, nach Kenntnisaufnahme der "Philosophie der Freiheit" und der "Grundlinien einer Erkenntnistheorie der Goetheschen Weltanschauung" den vollen Zugang findet.

Er wird Direktor der Ostpreußischen Elektrizitätsversorgung in Königsberg. In dieser Funktion lernt er auch den ebenfalls in der Elektrizitätswirtschaft tätigen großen Dreigliederer Hans Georg Schweppenhäuser kennen. Beide sind verbunden durch Freundschaft - aber alle Versuche, sich in der Sache zu verständigen (Assoziationsdebatte u.a.) scheitern bis zuletzt. "Es funkt in dieser Beziehung", so hat jemand das Verhältnis kommentiert.

Nach dem zweiten Weltkrieg holt Ernst Weißert Schmundt in die Schulbewegung, 1947 wird er Oberstufenlehrer an der Waldorfschule Hannover. Die Schüler lieben ihn, der sich selber durchaus nicht als den geborene Pädagogen sieht.

Er leistet bedeutende Beiträge zur Sozialwissenschaft ("Zeitgemäße Wirtschaftsgesetze", "Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt", um nur zwei Veröffentlichungen zu nennen). In ihnen versucht er, eine "goetheanistische Methodik" zu entwickeln, das sozialwissenschaftliche Denken bis zur selbstevidenten Axiomatik, zur urbildlichen Verdichtung zu führen. Auch zu einer goetheanistischen Physik leistet er wesentliche Beiträge ("Physikalische Miniaturen").

Seine Kurse machen ihn zum "Lehrer" im Sinne des Wortes von Beuys. Zu seiner Tätigkeit in der Dreigliederungsbewegung gehören auch die Achberger Begegnungen mit führenden Männern des Prager Frühlings wie Sik und Löbl. Tief verbunden weiß er sich mit der Anthroposophischen Gesellschaft und vor allem auch der Arbeit der sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum: In den Jahren der Hinfälligkeit und Krankheit versäumte er doch nie, sich brieflich für sein Fernbleiben bei den Sektionstagungen zu entschuldigen.



# Ankündigungen, Termine, Anfragen

Eine der wichtigsten Möglichkeiten, W. Schmundts in angemessener Weise zu gedenken, wäre sicherlich die Weiterarbeit an den Forschungsfragen, mit denen er gerungen hat. Ob sich bei solcher Forschung vielleicht auch manche Positionen alter Kontroversen, an denen er beteiligt war, in höheren Synthesen aufheben lassen, wird sich dabei zeigen müssen.

## Seminarreihe "Selbstverwaltung als Kunst der Selbstgestaltung"

Welche Gestaltungsfähigkeiten braucht das werdende Europa, um dem Bedürfnis nach Freiheit und Selbstverwaltung auch sozial-organisatorisch gerecht zu werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt einer Seminarreihe, für die die Projektgruppe Euromanagement im Internationalen Kulturzentrum Achberg verantwortlich zeichnet.

Das erste Seminar zum Thema "Europäisches Management zwischen Ost und West - Historische Wurzeln und heutige Herausforderungen" hat bereits Ende April stattgefunden. Geplant sind folgende weitere Seminare:

- Die Kunst des organisatorischen Gestaltens (**21.-24. Juni 92**).

- Gesetzmäßigkeiten bei der Entwicklung von Organisationen (**20.-23. September 1992**).

- Der Zusammenhang zwischen Geld, materiellen Mitteln und geistiger Initiative (**22.-25. November 1992**).

Seminarbegleiter sind Jack Moens (NPI/Holland) und Ulrich Rösch (Firma Rakattl/Wangen). Teilnahmegebühr pro Seminar DM 450,- incl. Übernachtung und Vollpension im Doppelzimmer (Einzelzimmerzuschlag 40,-; Teilnahmegebühr ohne Unterbringung und Verpflegung 250,-). *Anmeldungsunterlagen sind erhältlich beim Internationalen Kulturzentrum, Humboldt-Haus, W-8991 Achberg.*

## Michaelitagung am Goetheanum

**Donnerstag, 24., - Dienstag, 29. September: Michaelitagung 1992**, Goetheanum, Freie Hochschule für Geisteswissenschaft. Die Bauaufgabe der Anthroposophischen Gesellschaft. Anmeldung und Informationen über Goetheanum, Tagungsbüro, CH-4143 Dornach. Tel: 0041(0)61 - 7014041 (Tagung). 0041(0)61 - 7014516 (Zimmer).

## Institut für soziale Gegenwartsfragen Freiburg

Im letzten Jahr veranstaltete das Institut das sog. "1. Freiburger Kulturgespräch in Marienbad", ein Gespräch zwischen Ökonomie, Wissenschaft und Kunst über die Frage "Was macht das Denken nach der großen Theorie?", an dem sich Persönlichkeiten wie Peter Sloterdijk, Alfred Schmidt, Michael Bockemühl u.a. beteiligten. Die Gespräche sind in der im Freiburger Hochschulverlag erscheinenden Zeitschrift "Bausteine" (Zeitschrift für theo-

retische Ökonomie und soziale Frage) dokumentiert. Auch in diesem Jahr sind in Marienbad wieder Veranstaltungen geplant.

Außerdem ist das Institut gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung an einem "Colloquium politicum" der Universität Freiburg beteiligt. Am 27.4. hat eine Vortragsreihe begonnen, die unter dem Leittitel steht: "Entzauberung des Staates? Veränderung im Begriff des Politischen durch gesellschaftliche Ausdifferenzierung". Beteiligt sind Prof. Dr. H. Willke, Dr. Thomas Vesting, Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. D. Grimm, Prof. Dr. C. Böhrer und Dr. R. Altmann.

*Nähere Informationen über das Institut für soziale Gegenwartsfragen Freiburg, Prinz-Eugen-Str. 16, W-7800 Freiburg, Tel.: 0761-701462.*

## Geldwertstabilität - ein unerreichbares Ziel?

Tagung vom **4. - 5. Juli 1992**. Mitwirkende: E. Behrens, Dr. A. Michler, Dr. J. Franke-Fiebach, K. Kratz. Tagungsleitung Jobst von Heynitz. Behandelt wird u.a. Milton Friedmans Konzept der Geldwertstabilität und seine Umsetzung in der Notenbankpolitik und die geldpolitische Konzeption der deutschen Bundesbank.

*Nähere Informationen und Anmeldungsunterlagen: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Bad Boll, Badstr. 35, Tel. 07164-3573.*

## Führung - Ethik - kreative Konfliktlösung

Fachseminar für Manager und Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung mit H. J. Ten Siethoff. **12. - 16. Oktober 1992** in der Freien Bildungsstätte "der hof" Niederursel.

Die wichtigsten Themen: Führen und sich selbst führen (Aspekte des Schulungswegs) - Organisation der Selbstorganisation der Mitarbeiter - Dreigliederung des sozialen Organismus in der Praxis - Was ist Ethik? Ethik in der Praxis - Konstruktive Konfliktlösung. Mit Übungen.

Seminarkosten 1.100,- DM pro Person (incl. Tagesverpflegung, Übernachtung extra.)

Anmeldungsunterlagen über "der hof", z.Hd. Justus Wittich, Alt-Niederursel 51, Tel. 069-575078, Fax: 069-573056.

## Öffentliche Pädagogische Arbeitswochen - Termine 1992

Veranstalter Bund der Freien Waldorfschulen, Vereinigung der Waldorfkindergrärten.

*Lebendiges Verstehen - verantwortungsvolles Handeln.* Hamburg, **17. - 24. Juni**. Auskunft und Anmeldung: R.Steiner Schule Nienstedten, DW-2000 Hamburg 52, Tel.: 040-829917.

*Erziehen in der Orientierungsnot der Gegenwart.* Stuttgart, **1. - 8. Juli**. Auskunft und Anmeldung: Bund der Freien

Waldorfschulen, Heidehofstr. 32, DW-7000 Stuttgart 1, 0711-21042-42.

*Mut zu realen Idealen.* Wanne-Eickel, **15. - 23. Juli.** Information und Anmeldung: Hiberniaschule, Holsterhauser Str. 60, DW-4690 Herne 2. Tel. 02325-4608212 (vormittags).

#### **IV. Unternehmer-Seminar am 25./26. September 1992 in Nürnberg**

Diese Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft "Unternehmer-Seminar" Heidelberg richtet sich an Menschen, die in der Industrie arbeiten oder darin eine Aufgabe anstreben, und die die Anthroposophie als eine sinnvolle Arbeitsgrundlage ansehen. Es geht darum, ob der Mensch (mit seinen Fähigkeiten) und der Markt (mit seinen Zwängen) einen unversöhnlichen Gegensatz bilden müssen. In der Fachliteratur gibt es hierzu zwei Standpunkte: 1. Die Industrie setzt auf die Fähigkeiten des Mitarbeiters, um der gegenwärtigen Krise der Kreativität zu begegnen. Man möchte zur Leistungsbereitschaft motivieren, indem die Arbeit mehr als bisher "der Selbstverwirklichung dient und das Lebensgefühl stärkt". 2. Man möchte unprofitable Fertigungen u.a. durch den Aufbau von "Netzen knallhart kalkulierender Cost-Centers" ersetzen, um damit dem "Kulturschock der japanischen Methoden" zu begegnen.

Es soll versucht werden, diese Polarisierung als Herausforderung zu sehen. Es geht darum, wirtschaftliche Zusammenhänge mit Einsicht zu durchdringen, damit künftig nicht nur von Konkurrenzfähigkeit, sondern auch von einem Zusammenhang beruflicher und persönlicher Entwicklung gesprochen werden kann. Das Seminar findet am 25./26.9. 1992 bei der Firma Staedtler in Nürnberg statt. Anmeldeschluß ist der 31.8. 1992, die Tagungsgebühr beträgt DM 200,-.

*Nähere Informationen und Programm über Klaus Fischer, c/o Sagres Services, Am Taubenfeld 12, DW-6900 Heidelberg, Tel.: 06221-831094, Fax: 06221-839026.*

#### **Einführung in die Betriebseurythmie**

Das von Annemarie Ehrlich 1986 begründete Institut für Eurythmie im Arbeitsleben bietet für interessierte Unternehmer, Ausbilder, Personalführungskräfte und Manager wieder eine Einführung an. Termin: **27. November 92**, 9.30 bis 16.00 Uhr in der Zentrale der dm drogeriemarkt GmbH und Co. KG, Carl-Metz-Str. 1, 7500 Karlsruhe.

*Nähere Informationen über das Treffen und die Arbeit des Instituts: Institut voor Eurythmie in Werkgebieden, Deelstraat 11, NL-2596 RA Den Haag.*

#### **Anthroposophische Hochschulwochen 1992**

Die Hochschulwochen 1992 stehen unter dem Motto: **Erkenntnis und Praxis - Die Zukunft beginnt im Erkennen.**

**Termine/Orte:** Stuttgart, 30. August - 2. Oktober. Kassel, 2. August - 11. September. Dornach/Schweiz, 3. - 8. 8., 17. 8. - 18. 9. Wetzikon/Schweiz, 18. - 27. Juli.

Die Hochschulwochen bieten:

- Ergänzungen zum Fach-Studium, damit es geistig anregender wird und zur Entwicklung schöpferischer Fähigkeiten beiträgt.

- Gemeinsame Arbeit an oft zurückgestellten Fragen nach dem existentiellen Zusammenhang von Mensch und Wissenschaft, Einbeziehung neuer Dimensionen des Verstehens.

- Gelegenheit zu vielfältigen persönlichen Kontakten, die helfen können, die häufig belastende Anonymität des Studiums zu überwinden.

- Ein besonderes Programm für künftige Lehrer (Waldorfpädagogik).

- An einigen Orten sozialwissenschaftliche Fachkurse (in Stuttgart z.B. einen Einführungskurs mit C. Strawe zu Dreigliederung und Kulturfinanzierung und eine wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsgruppe mit Prof. H. Spehl und M. Küster zum Nationalökonomischen Kurs von R. Steiner).

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen:

**Stuttgart:** Freies Hochschulkolleg e.V. Stuttgart, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 - 2368950. Fax: 6071907.

**Kassel:** Pädagogische Forschungsstelle beim Bund der Freien Waldorfschulen, Abteilung Kassel, Brabannerstr. 43, W-3500 Kassel-Wilhelmshöhe, Tel.: 0561 - 37206. Fax: 315159.

**Dornach:** Forschungsinstitut am Goetheanum, Freie Hochschule für Geisteswissenschaft, Hügelweg 59 ("Glashaus"), CH-4143 Dornach, Tel.: 0(041)61 - 7014641. Fax: 7019593.

**Wetzikon:** Johannes-Kreyenbühl-Akademie, Michael Rist, Im Boge 10, CH-8332 Russikon ZH, Tel. und Fax: 0(041)1 - 9540513.

#### **Symposium: Was kann Europa sein?**

Im Rahmen der Stuttgarter Hochschulwochen findet vom 13. bis 18. September ein Symposium zum Thema "Was kann Europa sein?" statt. Erbeten sind von den Studenten, die an der Vorbereitung beteiligt waren, ganz individuelle Antworten auf diese Frage, hauptsächlich von Referenten, die aus Ost- und Ostmitteleuropa kommen. Zugesagt haben Swetlana Geier (Freiburg), Prof. Dr. Milan Slavicky (Prag) und Dr. Peter Schmiedel (Leipzig). Auch Lew Kopelews Teilnahme ist nicht ganz unwahrscheinlich.

*Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen über das Büro Strawe.*

#### **Geldseminar, Arbeitswoche zum assoziativen Wirtschaften**

Im Rahmen der **Fortbildungsreihe** für Berufstätige **"Individualität und soziale Verantwortung** - Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus" finden im September und Oktober folgende Veranstaltungen statt:

**Auf dem Wege zu einer organischen Geldordnung - Neue Formen im Umgang mit Geld.** Wochenendseminar, **Fr. 4. - So, 6. September 1992**, Rudolf-Steiner-Haus Stuttgart, Zur Uhlandshöhe 10, W-7000 Stuttgart 1, Teilnahmebeitrag: DM 180,- (ohne Unterbringung und Verpflegung).

**Programmablauf:** *Freitag, 4.9.:* 20.00 - 21.30: Einleitender Vortrag (U. Herrmannstorfer). Eurythmiedemonstration (Goethe: "Metamorphose der Pflanzen")

*Samstag, 5.9.:* 8.30 - 9.30: Eurythmische Arbeit am Thema "Metamorphose der Pflanzen" (Uta Diedrichsen-Veit,

Eurythmie Stuttgart / Anglika Tradowski, Seminar f. Waldorfpädagogik Stuttgart). 10.00 - 12.30: Seminar zum Thema "Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld" (Einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer; Verarbeitung in kleinen Gruppen). 14.15 - 15.15: Vortrag: Ansätze zum Begreifen des Geldwesens (Gesell, Keynes, anthroposophisch orientierte Autoren) (C. Strawe). 15.45 - 18.00: Seminar zum Thema "Kaufgeld, Leihgeld, Schenkungsgeld" (Einleitendes Referat: Udo Herrmannstorfer; Gruppenarbeit). 20.00 - 22.00: Die Rolle der Banken. Einleitender Vortrag Dr. Rudolf Mees (NMB-Bank Amsterdam).

*Sonntag, 6. 9.:* 8.30 - 9.30: Eurythmie. 10.00 - 11.15: Plenumsgespräch. 11.30 - 12.30: Der Impuls zur Entwicklung einer neuen Geschäftsbank aus den Bedürfnissen einer organischen Geldordnung. 14.00 - 16.00: Der Impuls zur Entwicklung einer neuen Geschäftsbank (mit interessierten Gästen).

**Assoziatives Wirtschaften - Grundlagen und praktische Ansätze.** Arbeitswoche, **So, 18. 10., - Sa, 24. 10. 1992.** Naturata Überlingen-Rengoldshausen. Teilnahmebeitrag DM 300,- (ohne Unterbringung und Verpflegung).

**Programmablauf:** *Sonntag, 18. 10.:* 17.00: Teilnahme an der Einweihungsfeier für das neue, von I. Markovecz gestaltete Gebäude der Naturata Überlingen. 20.00 Vortrag: "Wege zur Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben" (Udo Herrmannstorfer).

*Montag, 19. - Freitag, 23. 10.:* (Der Mittwoch-Nachmittag bleibt frei). 9.00 - 12.30: Seminar mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe (Einleitende Referate, Gruppenarbeit). 14.45 - 16.15: Künstlerische Übungen (Steinmetzen). 16.45 - 18.15: Forum "Praktische Ansätze auf dem Weg zur assoziativen Wirtschaft" (Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Unternehmensverbund "Aktion Dritter Weg", Immobilien-Projekt Gesellschaft, PUK, AVV/Demeter).

*20.00 Uhr:* Vorträge, Aussprache, künstlerischer Abend (Mo: "Planwirtschaft und Marktwirtschaft, jugoslawisches Selbstverwaltungsmodell" (Christoph Strawe). Donnerstag: Vortrag Stephan Schmidheiny/angefragt. Freitag: Künstlerischer Abend (Goethe: Das Märchen. Mit Bodo Bühling).

*Samstag, 24. 10.:* 9.00 - 10.30: Seminar. 11.00 - 12.30: Abschluß. 14.00 - 21.00: Kolloquium für Menschen, die praktisch im assoziativen Wirtschaften stehen. Veranstalter vom Arbeitskreis Ökonomie der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum und dem Verbund Freie Unternehmensinitiativen.

*Anmeldungsunterlagen über Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V., (Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950. Fax: 0711-6071907).*

### **Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung" - Neuer Veranstaltungsblock 1993/94**

Nach dem positiven Echo auf den ersten Veranstaltungsblock der Reihe 1991/92 haben sich die Verantwortlichen, Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe, entschlossen, die Reihe 1993/94 weiterzuführen. Angeboten wird zum einen eine neue Einführungsreihe, zusätz-

lich gibt es Vertiefungs- und Ergänzungsseminare. Hier eine erste Themen- und Terminübersicht:

#### **A. Einführungsreihe**

Verlängertes Wochenendseminar, Do, 28., - So, 31. Januar 1993, Jena/Weimar: **Dreigliederung als Entwicklungsbedingung der Bewußtseinsseele.**

Arbeitswoche, So, 18., - Sa, 24. April 1993, Naturata Überlingen: **Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens.**

Wochenendseminar, Fr, 18. - So, 20. Juni 1993, Marie-Steiner-Akademie Hamburg: **Die Dreigliederung und die Gestaltwerdung Europas im 20. Jahrhundert.**

Arbeitswoche, So, 17., - Sa, 23. Oktober 1993, Naturata Überlingen: **Assoziatives Wirtschaften: Wege zur Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben.**

Wochenendseminar, Fr, 21., - So, 23. Januar 1994, Ort steht noch nicht fest: **Grundlagen einer organischen Geldordnung - Neue Formen im Umgang mit Geld.**

Arbeitswoche: So, 8., - Sa, 14. Mai 1994, Naturata Überlingen: **Lebensfelder der Gleichheit: Recht, Staat, Politik.**

Die Veranstaltungen können einzeln gebucht werden. Für eine intensive Beschäftigung mit dem Thema wird jedoch der Besuch aller Veranstaltungen empfohlen.

#### **B. Vertiefungsseminare**

Verlängertes Wochenendseminar, Do, 11. - So, 14. März 1993, Jena/Weimar: **Die Notwendigkeit zur Neuordnung des Bodenrechts.**

Verlängertes Wochenendseminar, Do, 20., - So, 23. Mai 1993, Albertus-Magnus-Haus Freiburg: **Auswege aus der Krise in der Landwirtschaft.**

Arbeitswoche, So, 14. - Sa, 20. November 1993, Bern: **Der Seelen Erwachen - Innere Entwicklung und soziale Gestaltung. Gemeinsame Arbeit an R. Steiners viertem Mysteriendrama (mit szenischen Darstellungen).**

Verlängertes Wochenendseminar, Do, 17. - So, 20. Februar 1994, voraussichtlich Kassel: **Die Trennung von Arbeit und Einkommen.**

Arbeitswoche, So, 26. Juni - Sa, 2. Juli 1994, Goetheanum Dornach: **Sternenwirksamkeit und soziale Gestaltung.**

#### **C. Ergänzende Angebote**

Wochenendseminar, Sa, 20. - So, 21. Februar 1993 Ort steht noch nicht fest: **Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele** - Einführungsseminar mit Christian Czesla.

Seminar, Mo, 14. - Fr, 18. März 1994, voraussichtlich Land en Bosch, Holland: **Zusammenarbeit und Organisationsentwicklung - Arbeit an Praxisfällen und Übungen mit dem NPI.**

Wochenendseminar, Sa, 4. - So, 5. Juni 1994. Ort steht noch nicht fest: **Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele** - Ein Seminar Für Fortschrittene mit Christian Czesla.

Teilnahmegebühren (ohne Unterbringung und Verpflegung): Arbeitswoche 380,- DM / Wochenendseminar

220,- DM / Verlängertes Wochenende 250,- DM / NPI-Seminar 420,- DM.

*Individualität und soziale Verantwortung - Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus. Eine Fortbildungsreihe für Berufstätige. Veranstalter: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V., (Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-2368950. Fax: 0711-6071907). Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung (U. Herrmannstorfer, Brosiweg 8, CH-4143 Dornach). Informationen und Anmeldeunterlagen über Büro Strawe.*

## Anfrage

Multikultureller Zeitgenosse mit großer Familie erwägt Ortswechsel bevorzugt in süddeutschen Raum, Grenznähe zu Schweiz und Frankreich ab Anfang 1993 oder später. Mehrfach qualifiziert (auch akademisch) mit 15jähriger, meist selbständiger, publizistisch-journalistischer und sozial-institutioneller Verwaltungserfahrung. Anthroposophisch gegründeter, initiativer Wirkungskreis erwünscht. Interessenten melden sich bitte bei der Redaktion, wir leiten Ihre Mitteilung weiter.

## Antwortformular

Bitte ausfüllen und einsenden an: Initiative "Netzwerk Dreigliederung", Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart 1.

**0** Ich nehme am **Netzwerktreffen am 1. November** in Frankfurt teil. Am gemeinsamen Mittagessen (ca. 12,- pro Person) nehme ich teil / nicht teil.

**0** Ich beteilige mich am diesjährigen **Kostenausgleich der Initiative "Netzwerk" noch mit DM** .....  
(Konto Nr. 11 61 625 (Treuhandkonto Czesla) bei der Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

**0** Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den **"Dreigliederungs-Rundbrief"** zu (mein Kostenbeitrag beträgt DM ..... /Jahr; Kontonummer s. o.).

**0** Bitte schicken Sie mir ..... Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Verteilen (Werbung).

**0** Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an folgende Adresse: .....

Name .....  
(Name und Adresse bitte in Druckschrift)

Adresse/Telefon.....

Datum, Unterschrift.....